

Preußische Allgemeine



Nr. 17 · 29. April 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Das Ende der Linkspartei

Bei der Bundestagswahl stürzte sie unter fünf Prozent. Nun der Rücktritt der Vorsitzenden Hennig-Wellsow. Über eine Partei, die sich historisch überlebt hat **Seiten 3 und 8**



Debatte Das Problem mit den Schweren Waffen an die Ukraine **Seite 8**



Chronist Zum 50. Todestag des Schriftstellers Hugo Hartung **Seite 10**

POLITIK

Die Aushöhlung des demokratischen Kerns einer großen europäischen Nation

Die Präsidentenwahl in Frankreich zeigt wieder einmal, dass es nicht das Erstarken der Ränder ist, das die Demokratie bedroht, sondern die inhaltliche und personelle Schwäche der politischen Mitte

VON RENÉ NEHRING

Die politische Mitte gab sich am Ende zufrieden. Im zweiten Wahlgang der französischen Präsidentenwahl am Sonntag gewann Amtsinhaber Emmanuel Macron von der liberalen Bewegung „La République en Marche!“ mit 58,55 zu 41,45 Prozent der Stimmen gegen die Herausforderin Marine Le Pen vom rechtspopulistischen „Rassemblement National“.

Bundeskanzler Olaf Scholz gratulierte sowohl per Telefon als auch per Twitter und schrieb unter anderem: „Deine Wählerinnen und Wähler haben heute auch ein starkes Bekenntnis zu Europa gesendet.“ Und EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola gratulierte Macron zu einer „sehr erfolgreichen Wiederwahl“.

Mögen derlei Floskeln unter Politikerkollegen noch guter Brauch sein, so erstaunen Kommentare wie derjenige der FAZ, der Macrons Wahlsieg „in diesem düsteren Jahr die beste Nachricht seit Langem“ nannte. Selbst wenn man es gut meint mit Europa – beziehungsweise gerade dann –, muss eine solche Wertung erstaunen. Denn derlei Kommentare verdrängen gleich eine ganze Reihe von Umständen, die gerade der breiten Mitte Sorgenfalten ins Gesicht schreiben sollten.

Wie schon beim letzten Urnengang 2017 wurden auch bei dieser Präsidentschaftswahl im ersten Wahlgang die klas-

sischen Parteien der Mitte – Sozialisten und bürgerliche Konservative – nahezu eliminiert. Neben Macron und Le Pen landeten der Linkspopulist Mélenchon und der rechts von Le Pen stehende Zemmour an dritter und vierter Stelle. Zusammen holten sie über 80 Prozent der Stimmen.

Doch kaum ein Wort der Nachfrage in Politik und Medien darüber, warum die Franzosen den Parteien der Mitte nicht mehr über den Weg trauen. Kaum ein Wort auch darüber, warum so viele Franzosen ihr Kreuz bei einer Frau setzten, die nicht nur in Frankreich, sondern europaweit als „rechtsextrem“, „islamophob“, „europafeindlich“ oder Ähnliches verdammt wurde. Sind auf einmal 41 Prozent der Franzosen „rechtsextrem“, „islamophob“ oder „europafeindlich“? Interessiert es niemanden in der Mitte, warum sich diese Wähler abgewandt haben?

Ein Präsident weniger Oligarchen?

Besonders bedrückend ist, dass der Mainstream in Politik und Medien auch kein Problem damit zu haben scheint, wie Macron überhaupt an die Macht gekommen ist. 2016 stampfte der damals 38-jährige die neue Partei „En Marche!“ aus dem Boden, die nicht nur über Unmengen an Geld verfügte, um mit den etablierten Kräften mithalten zu können, sondern auch über genügend Mitarbeiter und externe Berater, sodass die Bewegung ohne die für Parteineugründungen typischen

„Gärungsprozesse“ alle anderen Wettbewerber verdrängen und umgehend die Staatsgeschäfte übernehmen konnte.

Vor rund drei Jahren veröffentlichte der französische Fernsehjournalist und vormalige Programmdirektor des Senders „France 2“, Eric Stemmelen, sein Buch „Opération Macron“, in dem er die These vertrat, dass Macron das Produkt von zehn Milliardären sei, die zusammen die Hälfte der Radio- und Fernsehsender kontrollierten sowie rund 90 Prozent aller Zeitungen, weshalb er denn auch das Regierungssystem Macron eine „Oligarchie“ nannte. Warum spielt dies in der Kommentierung des Jahres 2022 keine Rolle?

Einhergehend mit der Frage der Starthilfe für „En Marche!“ steht logischerweise auch die Frage, welchen Zielen die Bewegung und ihr Kopf dienen? Es fällt jedenfalls schwer, sich vorzustellen, dass all die Milliardäre ihr Geld aus philanthropischen Motiven herausgegeben haben. Nein, gerade die Anhänger der etablierten Kräfte der Mitte, die sich in der Tradition der Demokratiebewegungen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts sehen, sollten höchst besorgt sein über die Aushöhlung des demokratischen Kerns einer führenden europäischen Nation. Es ist nicht das Erstarken der Ränder, das die Demokratie bedroht, sondern die inhaltliche und personelle Schwäche der Mitte, die das bewährte politische System aushöhlen und somit den Rand-

gruppierungen überhaupt erst den Platz zur Entfaltung bieten.

Auch die populistischen Parteien haben keinesfalls Grund zum Jubeln. Zwar konnte Le Pen ihr Ergebnis von 2017 noch einmal um fast acht Prozentpunkte verbessern. Zudem zeigt sich, dass sie in weiten Teilen der französischen Gesellschaft kein Schreckgespenst mehr ist. Doch zeigt sich eben wieder einmal, dass sie in dem Moment, in dem sich die etablierten Kräfte zusammenschließen, keine Chance hat.

Besonders nachdenklich stimmen sollte das Ergebnis Le Pens auch die deutsche Schwesterpartei AfD, deren Vorsitzender Chrupalla der Partnerin „zu ihrem starken Ergebnis“ gratulierte. Denn Marine Le Pen ist mit ihrem „Rassemblement National“ in den vergangenen Jahren einen gänzlich anderen Weg gegangen als Chrupalla und viele seiner Weggefährten in jüngster Zeit. Während Le Pen ideologischen Ballast rechts liegen ließ und sich konsequent zur Mitte hin orientierte – wobei sie nicht nur den ursprünglichen Parteinamen von „Front ...“ zu „Rassemblement National“ änderte, sondern sogar ihren Vater und Parteigründer Jean-Marie aus der Partei warf – und damit neue bürgerliche Wählergruppen erschloss, glauben nicht wenige in der AfD noch immer, am rechten Rand Mehrheiten gewinnen zu können.

So hinterlässt diese Wahl vor allem Nachdenklichkeit – und kaum einen Grund zum Jubeln.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die steigenden Arzneimittelkosten beschäftigen die Politik und Krankenkassen **Seite 4**

Kultur

Vor 250 Jahren wurde der Frühromantiker Novalis geboren **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Allenstein setzten die Bürger den Bau eines neuen Parks durch **Seite 13**

HINWEIS

Bruderhilfe Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger der Landsmannschaft Ostpreußen für die Bruderhilfe bei.



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 303404 17
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Exodus aus Russland Hunderttausende Vertreter der Intelligenz sollen wegen Putins Feldzug gegen die Ukraine und der Unterdrückung Andersdenkender bereits das Land verlassen haben – andere warten zunächst ab

Die anderen Flüchtlinge

IT-Spezialisten, Wissenschaftler, Intellektuelle und Künstler kehren Putins Reich den Rücken

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Der aktuelle Trend, dass junge und gut ausgebildete Russen ihr Land verlassen, setzte schon zu Beginn der Ukraine-Krise 2014 ein. Unmittelbar nach dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs am 24. Februar begaben sich erneut Hunderttausende ins Ausland. Nachdem die EU ihre Sanktionen gegen Russland weiter verschärft hat, sind zunehmend Länder ins Visier der Ausreisewilligen geraten, für die Russen kein Visum benötigen – in der Regel sind das die ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken und der südliche Kaukasus, bevorzugt Armenien und Georgien.

Ein Motiv ist die Ablehnung des Ukraine-Kriegs, ein anderes die wirtschaftliche Situation. Die verschärften Sanktionen des Westens führen dazu, dass zahlreiche Russen ihre Arbeit verloren haben. Vielen Selbstständigen wurde ihre Geschäftsbasis entzogen, oder sie stehen kurz vor der Pleite. Die Angst, zum Militärdienst einberufen zu werden, spielt ebenfalls eine nicht unerhebliche Rolle.

Da Schengen-Visa derzeit in weite Ferne gerückt sind, zieht es die meist jungen Menschen nun in die benachbarten östlichen Republiken. Fachkräfte werden dort dringend benötigt, man versteht ihre Sprache und darüber hinaus wäre eine schnelle Rückkehr möglich, wenn sich die Lage in Russland normalisiert hat.

Eine genaue Zahl der Emigranten ist derzeit nicht bekannt, aber Experten gehen davon aus, dass bereits 100.000 IT-Spezialisten, Oppositionelle, Künstler und Journalisten das Land verlassen haben und weitere in derselben Größenordnung folgen werden. Unter den Ausreisewilligen befinden sich vermehrt auch Inhaber kleinerer und mittlerer Unternehmen.

Wo es die Russen hinzieht

Es wäre naheliegend, dass Kasachstan das Wunschziel der Russen ist, da der Technologiestandard dem in Russland gleichkommt und es dort Vertretungen großer ausländischer Unternehmen gibt. Doch in dem Nachbarland werden russische Auswanderer nicht mit offenen Armen empfangen. Der Grund ist, dass Kasachstan als Mitglied der Eurasischen Wirtschafts-

union (EAWU) russischen Bürgern die gleichen Rechte gewähren muss wie seinen eigenen Bürgern. Kasachen fürchten die Konkurrenz der Russen auf dem Arbeitsmarkt. Mit ihrem Geld können Russen kasachische Immobilien erwerben und die Kosten für Wohnraum in die Höhe treiben. Eine andere Sorge Kasachstans ist, dass Russen ihr Land für illegale Geschäfte mit ausländischen Waren nutzen könnten, die unter die Sanktionen fallen. Sie haben die Möglichkeit, Bankkonten zu eröffnen sowie Visa- und MasterCard-Kreditkarten zu nutzen.

Günstiger gestaltet sich die Situation in Usbekistan, das nicht zur EAWU gehört. Zwar hat auch hier der Zuzug von Russen zur Erhöhung von Immobilienpreisen und Mieten geführt, aber die Usbeken verhalten sich russischen Bürgern gegenüber freundlicher als die Kasachen. Schon während des Bürgerkriegs und des Zweiten Weltkriegs boten Usbeken Russen einen Zufluchtsort. In den 1920er Jahren retteten sie Hungerflüchtlinge. Die

Hauptstadt Taschkent erinnern viele der älteren Generation als Stadt, in die Industriebetriebe und Fabriken evakuiert wurden und wohin Wissenschaftler, Schriftsteller, Schauspieler und Dichter flohen, darunter Anna Achmatowa und Alexej Tolstoj.

Usbekistan als Zufluchtsort

Der jungen Generation russischer IT-Spezialisten bietet das Land neben günstigen Lebenshaltungskosten einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt. Schon vor dem Ukraine-Krieg lockte das Land mit dem Programm „TashRush“ 3000 ausländische IT-Profis an, vorwiegend aus Weißrussland und Russland. Seit dem 1. April erhalten qualifizierte IT-Spezialisten ein Visum für drei Jahre mit dem Recht auf automatische Verlängerung. Es erleichtert auch den Erhalt eines ständigen Aufenthaltstitels für den Inhaber des Gastvisums sowie für seine Familie. Zudem garantiert es gleiche medizinische Versorgung und Bildungsangebote wie für usbekische Bürger.

Auch in Kirgisien haben Russen es leicht. Obwohl Moskau in den sozialen Medien für seinen Angriff auf die Ukraine scharf kritisiert wird, sind Russen, auch hier in erster Linie IT-Fachleute, willkommen. Allerdings ist das Leben nicht so günstig wie in Usbekistan.

Neben Zentralasien zieht es Russen auch in den Südkaukasus. Armenien, ein Mitglied der EAWU, hat keine Probleme mit Russen. Hier können sie sogar ihr Geschäft innerhalb eines Tages registrieren lassen. Ende Februar hielten sich bereits 80.000 Russen in Armenien auf. 30.000 Russen sind nach Georgien geflohen, obwohl den Zuzug dort aufgrund der politischen Differenzen und der Unterstützung für die Ukraine längst nicht alle begrüßen.

In Zukunft könnten auch wieder mehr Russen nach Deutschland kommen, da die Ampelregierung erwägt, russischen wie auch ukrainischen Flüchtlingen den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern.



Bahnhof St. Petersburg: Bereits unmittelbar nach dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs am 24. Februar begaben sich zahlreiche Russen auf den Weg in den Westen, hier mit dem Ziel Finnland
Foto: pa

ZUWANDERUNG

Ausländer spielten eine große Rolle

Schon in frühesten Zeiten, von den Kiewer Großfürsten über Boris Godunow bis hin zu Peter I. und Katharina II., spielten Ausländer in vielen Bereichen eine herausragende Rolle in Russland.

Peter I., der Vorreiter der Europäisierung Russlands, verließ Ausländern Privilegien, um „von ihnen zu lernen und ihre Wissenschaften und Künste nachzuahmen“. In seiner Regierungszeit erlebte Russland durch deutschen, holländischen und englischen Einfluss einen Modernisierungsschub.

Katharina die Große warb mit dem „Einladungsmantel“ vom 22. Juli 1763 ausländische Siedler an. Sie hoffte, mit dem Bau von Fabriken die wirtschaftliche Entwicklung des rückständigen Reichs voranzutreiben zu können. Im unteren Wolgagebiet siedelten sich hauptsächlich handwerklich-bäuerliche Einwanderer an, meist aus deutschen Kleinstaaten, die sich von Anreizen wie Religionsfreiheit, Selbstverwaltung oder Steuervergünstigungen anlocken ließen.

In den 1980er Jahren betrug die Netto-Zuwanderung 150.000 Menschen pro Jahr, wobei durch die Abgeschlossenheit der Sowjetunion 99 Prozent der Migration unter den Mitgliedsstaaten der UdSSR stattfand. Ein Bevölkerungsaustausch geschah vornehmlich mit der Ukraine, Kasachstan, Weißrussland und Usbekistan.

In den vergangenen 30 Jahren kamen Arbeitsmigranten aus den zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken nach Russland. Die Armut in ihren Heimatländern, aber auch ethnische Konflikte waren meist die Ursache. Aus der Ukraine und Weißrussland zogen qualifizierte Fachleute wegen besserer Arbeitsbedingungen zu, während billige Arbeitskräfte überwiegend aus den zentralasiatischen Staaten stammten.

Mit der Perestrojka ließen sich zahlreiche ausländische Firmen aus dem Westen in Russland nieder. Sie dienten der aufstrebenden russischen Wirtschaft mit Knowhow und Technik. Wegen des Ukraine-Kriegs und der verhängten Sanktionen ziehen diese sich sukzessive wieder zurück. MRK

EMIGRATION IN DER GESCHICHTE

Fünf Wellen des Exodus

Politische Umbrüche, Repressalien und Verfolgung führten immer wieder zur Abwanderung der „Intelligenzija“

Von 1917 bis heute zählt die Geschichtswissenschaft fünf Auswanderungswellen aus Russland. Die erste Welle fand nach dem Bürgerkrieg statt. Etwa zwei Millionen Menschen flohen nach Konstantinopel, Sofia, Belgrad, Prag, Paris, Riga und nach Berlin. In der Zeit der Weimarer Republik lebten fast 360.000 russische Emigranten in Berlin. Im Berliner Stadtteil Charlottenburg sammelte sich in den 1920er Jahren die russische Elite, was dem Stadtteil die Bezeichnung „Charlottengrad“ verlieh. 28.000 russische Staatsbürger waren 2019 in Berlin gemeldet.

Die zweite Auswanderungswelle betraf 8,4 Millionen Sowjetbürger, die aus unterschiedlichen Gründen in den Westen ge-

langt waren. Rund zwei Millionen kehrten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht in die Sowjetunion zurück. Unter ihnen befanden sich befreite Häftlinge aus Konzentrationslagern, Holocaust-Überlebende, Ostarbeiter oder Verbündete der Deutschen in Osteuropa. Bei einer Rückkehr drohte ihnen die Verfolgung als Verräter durch Stalin.

Erzwungen oder freiwillig

Am Ende des Kalten Krieges kam es zu einer dritten Auswanderungswelle. 1966 legalisierte die Sowjetunion die Auswanderung aus der UdSSR. Der sowjetische Außenminister Alexej Kosygin sagte damals: „Wenn es vom Krieg zerrissene Familien

gibt, die ihre Verwandten außerhalb der UdSSR treffen oder sogar die UdSSR verlassen möchten, werden wir alles tun, um bei der Lösung des Problems zu helfen.“ 576.000 Menschen machten zwischen 1970 und 1990 von dieser Möglichkeit Gebrauch. Nach der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa kam es zu Dissidenten- und Bürgerrechtsbewegungen in den Ostblockstaaten. Prominente Dissidenten dieser Welle waren Lew Kopelew und Alexander Solschenykin. Die Historiker unterscheiden zwischen einer erzwungenen und einer freiwilligen Emigration.

Michail Gorbatschows Perestrojka und der Fall des Eisernen Vorhangs führten zu

einer Normalisierung grenzüberschreitender Bewegungen, die in den 1990er Jahren zur vierten Auswanderungswelle führte. Von 1992 bis 1999 zogen nach Angaben der Aufnahmestaaten 850.000 Menschen in die USA, nach Kanada, Israel, Deutschland und Finnland.

Die fünfte Welle der Emigration fällt in die dritte Amtszeit Wladimir Putins, die geprägt ist von einer Politik des steigenden Drucks und der Unterdrückung Andersdenkender. Bekannte Persönlichkeiten der fünften Welle sind Boris Beresowskij, der 2013 unter mysteriösen Umständen im Londoner Exil starb, der Medienmogul Wladimir Gussinskij und der Unternehmer Leonid Newslin.

Im vergangenen Jahrzehnt sind 60.000 bis 80.000 Russen jährlich in den Westen gezogen, teils, um dem politischen Druck zu entgehen, teils wegen des Mangels an wirtschaftlichen Möglichkeiten. Laut einer Umfrage des Levada-Zentrums gaben im vergangenen Jahr 22 Prozent der Befragten an, dass sie auswandern wollten, unter den 18- bis 24-Jährigen waren es 48 Prozent.

Die Auswanderungstimmung hat die Basis der städtischen Mittelschicht erfasst. Der Kreml hat inzwischen auf den Exodus der Fachkräfte reagiert: Für männliche IT-Fachkräfte wurde die Wehrpflicht abgeschafft. Günstige Darlehen und Steuervergünstigungen sollen sie von der Ausreise abhalten. MRK

Der lange Weg nach unten

Seit 1989/90 versuchte die SED im vereinten Deutschland Fuß zu fassen – mit unterschiedlichem Erfolg. Nach Niederlagen im vergangenen Jahr markiert nun der Rücktritt der Parteivorsitzenden Hennig-Wellsow einen weiteren Schritt Richtung Abgrund

VON KLAUS SCHROEDER

Die kommunistische Partei SED war 45 Jahre lang in der SBZ/DDR der alles bestimmende Machtfaktor unterhalb der sowjetischen Besatzungsmacht. Ihr gehörten nicht nur ideologisch überzeugte Genossen an, sondern auch viele Opportunisten, die Karriere machen wollten. Ein sozialer Aufstieg bis in die oberen Etagen von Politik, Staat und weiteren Institutionen war nur über die Mitgliedschaft in dieser Partei möglich.

Nach dem Fall der Mauer im November 1989 verlor sie innerhalb kürzester Zeit über eine Million Mitglieder. Egon Krenz versuchte als Nachfolger Erich Honeckers eine so genannte (politische) Wende, die misslang. Der Unmut in der Partei war groß. Einige Mitglieder des Zentralkomitees hatten auf der Suche nach Sündenböcken sogar die Wiedereinführung der Todesstrafe für die „Verbrecherbande des alten Politbüros“ gefordert. Der ehemalige Erste Sekretär der Bezirksleitung Schwerin, Bernhard Quandt, formulierte unter dem Eindruck der Volkskammerdebatte über Amtsmissbrauch und Korruption durch SED-Funktionäre am 1. Dezember in einer gefühlsbetonten Rede: „Liebe Genossen! Genosse Egon Krenz, wir haben im Staatsrat die Todesstrafe aufgehoben, ich bin dafür, dass wir sie wieder einführen, dass wir die strangulieren und erschießen, die unsere Partei in eine solche Schmach gebracht haben, dass die ganze Welt vor einem solchen Skandal steht, den sie noch niemals gesehen hat.“

Im Dezember 1989 löste sich die Partei nicht auf, wie einige Mitglieder forderten, sondern agierte weiter, um möglichst viel Eigentum und Pfründe zu sichern. Zum Parteivorsitzenden wählten die Delegierten mit überwältigender Mehrheit Gregor Gysi, der – in welcher Weise auch immer – mit dem Sicherheitsapparat der Partei eng verhandelt war. Es erfolgte die Namensumbenennung in SED-PDS. Ein wirklicher Neustart war das nicht. Alternativ hätte sich die SED auflösen und eine sozialistische Partei neu gründen können. Das wäre ein wirklicher Bruch mit der links-totalitären Vergangenheit und der sozialistischen Diktatur gewesen. Den kommunistischen Altparteien in Polen und Ungarn gelang deutlich weitergehende Lösungen.

Verhaltener Start in eine andere Zeit

In der kurzen Zeit zwischen November 1989 und Ende Januar 1990 verlor die SED nahezu alles, was sie früher ausgemacht hatte. Die Mitglieder liefen ihr in Scharen davon, der Monopolspruch auf Beherrschung von Gesellschaft und Staat ließ sich nicht mehr durchsetzen – die Partei war eine politische Kraft unter anderen geworden. Auf ihrem nächsten Parteitag im Februar 1990 versuchte sie, den gewandelten Bedingungen Rechnung zu tragen und nannte sich fortan nur noch PDS. Weiterhin ging es aber um die Absicherung der alten SED-Eliten und die Etablierung der umbenannten Staatspartei im ostdeutschen Parteienspektrum. Bei der ersten und einzigen freien Wahl zur Volkskammer im März 1990 erreichte die Partei 16,4 Prozent der Stimmen, primär aus den Reihen ehemaliger Funktionsträger des alten Regimes.

Im vereinten Deutschland startete sie verhalten – bei der ersten Bundestagswahl 1990 erhielt sie 2,4 Prozent der Stimmen und zog nur in den Bundestag ein, weil das Bundesverfassungsgericht eine je gesonderte Anwendung der 5 Prozent-Klausel auf Deutschland West und Deutschland Ost verfügt hatte – in Ostdeutschland erreichte die PDS knapp über elf Prozent, in Westdeutschland war sie rechnerisch damals kaum vorhanden.

In den Jahren danach ging es jedoch bergauf, nicht zuletzt weil die SPD mit der Partei Regierungskoalitionen in Mecklenburg-Vor-



Die Luft ist raus: Die Führung der „Linken“ am Abend der Bundestagswahl 2019

Foto: imago/Futureimage

pommern, Berlin, Brandenburg, Thüringen und Bremen einging, zumeist unter Einbezug von Bündnis 90/Die Grünen. Zuvor agierte der Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner, als Türöffner für die postkommunistische Partei. Er ließ seine Regierung 1994 von der PDS tolerieren, erst als rot-grüne Minderheitskoalition und dann als SPD-Minderheitsregierung. Das lief faktisch auf eine Regierungsbeteiligung hinaus. Diese Konstellation wurde „Magdeburger Modell“ genannt.

Triumphe und Niederlagen

Nachdem sich die PDS 2007 mit der vom ehemaligen SPD-Führungspolitiker Oskar Lafontaine geführten westdeutschen Kleinstpartei WASG zusammenschloss, stieg der Stimmenanteil der sich nun „Die Linke“ nennenden Partei an. Im Jahr 2009 erreichte sie bei der Bundestagswahl 11,9 Prozent der Stimmen.

Danach ging es, um mit Hildegard Knef zu sprechen, bergab. Bei der letzten Bundestagswahl 2021 blieb „Die Linke“ knapp unter der 5 Prozent-Hürde und zog diesmal nur in den Bundestag ein, weil sie die notwendigen drei Direktmandate gewann. Bei Landtagswahlen in den ostdeutschen Ländern konnte sie immerhin noch einige Zeit lang hohe Stimmenanteile erzielen, so zum Beispiel bei den Landtagswahlen 2009 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, wo sie deutlich über 20 Prozent der Stimmen bekam. In Westdeutschland blieb ihr Stimmenanteil dagegen immer sehr begrenzt, abgesehen von Bremen und Hamburg – Stadtstaaten mit alten kommunistischen Traditionen – sowie dem Saarland.

Linke Identitätskrämpfe

In den letzten Jahren geriet die Partei in starke Turbulenzen. Die langjährige Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht kritisierte Spitzenpolitiker ihrer Partei, weil sie ihrer Meinung nach mehr auf identitätspolitische Aspekte der Gesellschaft abzielten und die klassische soziale Frage vernachlässigten. Diese Kritik teilte sie mit ihrem Ehemann Oskar Lafontaine. Er verließ 2022 die Partei, was zu einem Absturz bei den Wahlen im Saarland beitrug. Hier erreichte „Die Linke“, die in den Jahren zuvor dort schon einmal auf über 20 Prozent der Stimmen gekommen war, nur noch 2,6 Prozent. Die Vernachlässigung sozialer Fragen wird auch darin sichtbar, dass, aufgeschlüsselt nach sozialen Gruppen, Arbeits-

lose und Arbeiter auch und zumal im Osten häufiger die AfD als die Linkspartei wählten. Selbst die Identifikation als Ostdeutsche lässt unter den Wählern und Sympathisanten der Partei „Die Linke“ nach, auch wenn der Anteil derjenigen, die sich mehr als Ostdeutsche denn als Deutsche verstehen, immer noch bei 59 Prozent liegt (AfD: 62 Prozent).

Der einzige nennenswerte Erfolg der ehemaligen kommunistischen Partei gelang in jüngerer Zeit in Thüringen, wo der ehemalige DKP-nahe westdeutsche Gewerkschafter Bodo Ramelow zweimal zum Ministerpräsidenten gewählt wurde.

Anfang 2021 versuchte die Partei einen Neuanfang, indem sie zwei Frauen an die Spitze wählte, Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler. Beide gehörten Strömungen innerhalb der Partei an – „Antikapitalistische Linke“ und „marx21“, die vom Verfassungsschutz beobachtet und als verfassungsfeindlich eingeschätzt werden. Laut Bundesamt für Verfassungsschutz gehört „marx21“ zwar zu den extremistischen Strukturen der Partei „Die Linke“, aber das Netzwerk wird vom Parteivorstand nicht als bundesweiter Zusammenschluss der Partei anerkannt. „Marx21“ möchte „Die Linke“ zu einem „Instrument für den Klassenkampf“ entwickeln.

„Toxische Machokultur“

Im April dieses Jahres wurde publik, dass es etliche Fälle von sexuellem Missbrauch in der Partei gegeben hatte. Mitglieder – vor allem jüngere Genossen/Genossinnen – sprachen von einer „toxischen Machokultur“, das heißt ranghöhere Funktionäre und Politiker nutzten jüngere Genossinnen aus, die sich von sexuellen Beziehungen einen politischen Aufstieg oder eine langfristige Beziehung versprachen. In vielen Fällen erfolgte unter diesen Voraussetzungen der sexuelle Kontakt einvernehmlich. Gleichwohl nutzten zumeist ältere Männer ihre Position aus, um junge Genossinnen zu sexuellem Mittun zu motivieren. In verschiedenen Medienberichten wird aber auch davon gesprochen, dass es Vergewaltigungen gegeben habe.

Aufgedeckt wurde dieses ganze Tableau durch Recherchen des Magazins „Der Spiegel“. Andere Medien übernahmen diese Story und nicht wenige, vor allem liberal-konservative, frohlockten, dass die Partei, die ebenso wie die Bündnis-Grünen für sich reklamierte, die Moral gepachtet zu haben, zumindest auf

diesem Feld keinen Deut besser erscheint als andere Institutionen, die nicht zuletzt über „#MeToo“ eine gewisse Sensibilität für diese Fragen entwickelt haben.

Hennig-Wellsow trat daraufhin zurück, sodass derzeit nur noch Janine Wissler die Partei führt. Sie gehörte der verfassungsfeindlichen Strömung „marx21“ an, die als entristische und trotzkistische Richtung charakterisiert werden kann. Entrismus bedeutet, dass die jeweiligen Mitglieder in größere Organisationen eintreten und versuchen, sie zu unterwandern. Das ist im Fall von Wissler, die, bevor sie in den Bundestag einzog, Fraktionsvorsitzende der Partei „Die Linke“ in Hessen war, vollauf gelungen.

Zwar kündigten Parteisprecher an, die sexuellen Übergriffe aufzuklären, aber der Niedergang der Partei dürfte nicht aufzuhalten sein, zumal die SPD – man denke etwa an Kevin Kühnerts zeitweiliges Plädoyer zur Enteignung von BMW – und die Bündnis-Grünen in den letzten Jahren nach links gerückt sind und viele ehemalige Wähler der Linkspartei zu sich herüberziehen konnten. Die Probleme der Partei liegen jedoch tiefer: Sie hat kein überzeugendes und vor allem realisierbares politisches Programm sowie kein Führungspersonal, das potentielle Wähler anziehen könnte. Die Zeiten, in denen ein Politiker wie Gregor Gysi Menschen überzeugen und zur Wahl der Linkspartei bewegen konnte, sind vorbei.

Letzte Rückzugsgefechte

Wenn nicht alles täuscht, dürfte die Zeit dieser Partei als eine politische Kraft von Belang vorbei sein. Ausnahmen bilden noch Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, wo sie mit ihrem Chef Klaus Lederer, der nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch bei vielen Medien verklart wird, noch tragfähige Bastionen hat. Lederer kopiert in gewisser Weise Gysi, indem er schnell redet, nicht zuhört und auf Fragen und Argumente des Gegenübers nicht eingeht. Nach Ramelow dürfte die Partei auch im eher kleinbürgerlichen Thüringen rapide absteigen, in Berlin hingegen gibt es ideologische und gesellschaftliche Milieus, die sie noch für längere Zeit über Wasser halten dürften. Beispiel ist die Kampagne aus dieser Richtung zur Enteignung von Immobilieneigentum.

Weiterhin finden sich in der Linkspartei unter ihren Politikern und Fraktionsmitarbeitern auf kommunaler, Landes- und Bundesebene noch etliche ehemalige Stasi-Mitarbeiter. Die Partei ging und geht hiermit nicht offensiv um, sondern verschweigt, was verschwiegen werden kann.

Geliebt ist bei vielen Anhängern der Linkspartei eine gewisse Russlandfreundlichkeit, wie die Sichtweise auf den verbrecherischen russischen Krieg gegen die Ukraine zeigt. Nicht wenige Anhänger der Linkspartei entschuldigen ihn als Abwehrkampf Russlands gegen den Westen und den Kapitalismus. In der vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuftes Zeitung „Junge Welt“ kann diese Sichtweise täglich gelesen werden.

Ob die Partei künftig zumindest in bestimmten östlichen Regionen noch eine gewisse Rolle spielen wird, ist offen. Auf Bundesebene und in Westdeutschland ist das politische Spiel für sie aus. Sollte sie auch im Osten abschmieren, wäre das Kapitel „umbenannte SED“ endgültig vorbei, die politische Kultur im Land wäre der Gewinner.

● **Prof. Dr. Klaus Schroeder** ist Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin und wissenschaftlicher Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat. Er hat zahlreiche Aufsätze und Bücher über die Geschichte der DDR veröffentlicht, unter anderem das Standardwerk „Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR. 1949–1990“.

www.fu-berlin.de

Ob die Partei künftig zumindest in bestimmten östlichen Regionen noch eine gewisse Rolle spielen wird, ist offen. Auf Bundesebene und in Westdeutschland ist das politische Spiel für sie aus

● MELDUNGEN

Streit um Sowjetpanzer

Berlin – Wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine hat sich die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Stefanie Bung, dafür ausgesprochen, die zwei Weltkriegspanzer am sowjetischen Ehrenmal im Berliner Tiergarten zu entfernen. Beide Panzer stehen seit dem November 1945 an dem Ehrenmal unweit vom Brandenburger Tor. Nach Ansicht der CDU-Abgeordneten Bung hat der russische Angriff auf die Ukraine den Blick auf das Denkmal verändert. Der Berliner Senat wies unter anderem unter Hinweis auf den Zwei-plus-Vier-Vertrag die Forderung zurück. Der Bund hatte sich 1990 verpflichtet, sowjetische Kriegsgräber und Denkmäler zu erhalten. Auch Martin Trefzer, Sprecher für Erinnerungspolitik der AfD-Fraktion, wies darauf hin, dass „für die mit der damaligen Sowjetunion 1990 vereinbarten Verträge zur Erhaltung und Pflege von Ehrenmalen das alte Diktum von Franz Josef Strauß gelte: *pacta sunt servanda*“ (Verträge sind einzuhalten). N.H.

96.000 Kräfte arbeitslos

Berlin – Laut Bundesregierung haben sich 96.000 Pflegekräfte wegen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht arbeitslos gemeldet. Dies geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervor, wie die Partei mitteilt. Seit dem 15. März gilt per Gesetz, dass sich jeder Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegebereich gegen Covid-19 impfen lassen muss. Wer die Impfung verweigert, verliert seine Anstellung. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht gilt auch weiterhin, obwohl das Gesetz zur Impfpflicht für alle Erwachsenen im Bundestag gescheitert ist. H.H.

Verfahren wegen Betrugs

Düsseldorf – Laut einer bundesweiten Umfrage des „Handelsblatts“ unter Staatsanwaltschaften und Landeskriminalämtern sind bislang 642 Ermittlungsverfahren wegen Abrechnungsbetruges in Corona-Testzentren eingeleitet worden, davon mit 347 mehr als die Hälfte in Berlin. Dabei könnte es sich allerdings nur um die Spitze eines Eisbergs handeln. So geht das Gesundheitsministerium von Baden-Württemberg von bundesweit an die 30.000 Testzentren mit teilweise „halbseidenen Betreibern bis hinein ins kriminelle Milieu“ aus. Hinweise auf die mögliche Größenordnung der Betrügereien liefern fünf Verfahren in Bochum, Offenburg, Freiburg und Mannheim, in denen von einer Schadenssumme von insgesamt 49,5 Millionen Euro ausgegangen wird. W.K.

Berichtigung

Der Aufmacher auf der Seite 4 der PAZ vom vergangenen Freitag mit dem Titel „Deutschlands fataler Trugschluss“ war nicht von Dagmar Jestrzemska, wie fälschlich behauptet, sondern von Wolfgang Kaufmann. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.



Die gesetzlichen Krankenkassen klagen: Arzneimittel gehen immer mehr ins Geld

Foto: imago/McPhoto

MEDIZIN

Arzneimittelposten schießen in die Höhe

Diverse Lösungsvorschläge im Gespräch – Spitzenverband Bund der Krankenkassen fordert ein zügiges Eingreifen der Politik

VON PETER ENTINGER

Neben immer höher werdenden Behandlungskosten sind nun auch die Kosten für Arzneimittel stark angestiegen. Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen fordert nun ein Eingreifen der Politik. „Für Grundnahrungsmittel wie Brot und Butter werden sieben Prozent Mehrwertsteuer berechnet, für oftmals lebenswichtige Medikamente müssen die Krankenkassen dagegen die vollen 19 Prozent bezahlen. Das ist schlicht nicht nachvollziehbar“, sagte Stefanie Stoff-Ahnis vom Vorstand des GKV-Spitzenverbandes. Der Ausgabenanstieg bei Arzneimitteln habe im vergangenen Jahr mit

fast acht Prozent rund ein Drittel über dem durchschnittlichen Anstieg aller Leistungsausgaben der Krankenkassen gelegen. „Eine Absenkung wäre ein klares sozialpolitisches Signal und würde die Beitragszahlenden der Krankenkassen um rund sechs Milliarden Euro im Jahr entlasten“, erklärte Stoff-Ahnis weiter.

Senkung der Besteuerung

Ein weiterer Schritt um eine weitere Kostenexplosion zu verhindern, sei eine Preis-Bremse für neu zugelassene Medikamente. Im Moment können die Hersteller für das erste Jahr nach der Zulassung den Preis beliebig festsetzen, unabhängig davon, wie hoch der zusätzliche Nutzen für die Patienten ist. Erst ab dem

zweiten Jahr verhandeln Unternehmen und Kassen über den sogenannten Erstattungspreis. „Der am Nutzen für die Patienten orientierte gemeinsam verhandelte Preis muss ab dem ersten Tag und nicht erst nach vielen Monaten gelten. Einseitige und zum Teil willkürliche Preisfestsetzungen für lebenswichtige Medikamente sind weder sozial gerecht noch passen sie zur sozialen Marktwirtschaft“, sagte Stoff-Ahnis.

Preis-Bremse

Den gesetzlichen Krankenkassen fehlen voraussichtlich für das kommende Jahr rund 17 Milliarden Euro. Um diese Finanzierungslücke zu schließen, plant Gesundheitsminister Karl Lauterbach unter

anderem eine Anhebung der Versichertenbeiträge. „Wir müssen an vier Stellschrauben drehen: Effizienzreserven im Gesundheitssystem heben, Reserven bei den Krankenkassen nutzen, zusätzliche Bundeszuschüsse gewähren, und die Beiträge anheben“, sagte Lauterbach der „Neuen Osnabrücker Zeitung“.

Erhöhung des Bundeszuschusses

Die bis zum vergangenen Herbst regierende Große Koalition musste bereits das laufende Jahr mit einem Rekord-Zuschuss von 28,5 Milliarden Euro absichern, um einen höheren durchschnittlichen Zusatzbeitrag für die Versicherten zu vermeiden. Dieser liegt aktuell bei 1,3 Prozent. Um welchen Prozentsatz die Beiträge nun steigen sollen, ließ Lauterbach offen: „Es wäre unprofessionell, würde ich Ihnen hier aus den laufenden Gesprächen berichten.“

Der GKV-Spitzenverband hat ein zügiges Handeln gefordert. Deutschland habe ein weltweit viel beachtetes Gesundheitssystem, die Grundvoraussetzungen seien gut. „Die zentrale Herausforderung der Arzneimittelpolitik ist es einerseits, die laufende Versorgung mit bewährten Arzneimitteln zu erhalten und den Zugang zu echten Innovationen zu bewahren, und andererseits, die Finanzierbarkeit der Arzneimittelversorgung auch in Zukunft sicherzustellen“, sagte Stoff-Ahnis und fügte hinzu: „Deutschland ist ein starker Pharmastandort.“ Der Weg von der Zulassung bis zur praktischen Verfügbarkeit neuer Medikamente werde in keinem EU-Land schneller zurückgelegt als hierzulande: „Es muss das Ziel sein, dass das so bleibt“, erklärte sie weiter.

Beitragserhöhungen

Die starke finanzielle Belastung hängt auch mit Lieferschwierigkeiten infolge der Corona-Pandemie zusammen. Sie hat aber auch tiefere Wurzeln, unter anderem den demographischen Wandel. Seit Längerem deutet sich ein Ende der zuletzt jahrelang steigenden Beitragseinnahmen ab, weil die Zahl der Beschäftigten nicht mehr steigt, sondern mittelfristig sinken wird.

Doch um eine Erhöhung der Beiträge gibt es bereits jetzt Diskussionen. „Die richtige und gerechte Lösung ist die Erhöhung des Bundeszuschusses“, sagt Anja Piel, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger warnte vor zusätzlichen Belastungen für Unternehmen und Bürger durch die Folgen des Ukrainekrieges. „In einer solchen Situation höhere Sozialbeiträge für Arbeitgeber und Beschäftigte anzukündigen, wird diesen Herausforderungen nicht gerecht.“

TOURISMUS

Die Anbieter sind zufrieden

Aber die Kunden der Reisebranche müssen noch tiefer in die Tasche greifen

In Berlin hat sich nach dem Absturz der Besucherzahlen während der Corona-Pandemie der Tourismus über die Osterfeiertage bereits wieder auf dem Niveau von Ostern 2019 eingependelt. Der Hauptstadt-Tourismuschef Burkhard Kieker schätzt die Entwicklung zufrieden ein: „Ich würde sagen, wir sind zurück auf Normal“.

Wie in Berlin zeigte sich auch in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern die Touristikbranche nach dem Osterfest ohne Corona-Auflagen mit den Buchungszahlen zufrieden. „Es ist fast wie vor Corona“, so ein Tourismusexperte aus dem nördlichsten Bundesland.

Manchem ist es gar zu viel Rückkehr zu den Zeiten vor Corona. In der „Berliner Zeitung“ warnte der stellvertretende Res-

sortleiter Marcus Weingärtner unlängst vor der Gefahr, dass mit der Rückkehr eines „Billigauf-Tourismus“ von Berlin-Besuchern, die zwischen Brandenburger Tor und Alexanderplatz „auf Segways und E-Scootern, Bierbikes und Trabis hin und herfahren“, die Hauptstadt sich auf lange Sicht das Image nachhaltig ruiniere.

Inzwischen scheinen es weniger Besucher zu sein, an denen es im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit mangelt, als vielmehr an Mitarbeitern. Vielerorts haben sich einst in der Tourismusbranche Beschäftigte zu Zeiten der Corona-Restriktionen nolens volens außerhalb von Gastronomie und Tourismus einen Job gesucht. Aus Mecklenburg-Vorpommern wird berichtet, dass während der Restriktionen ein Fünftel des Personals in andere Branchen abgewandert ist. Aktuell macht den Beherber-

gungsunternehmen zudem noch immer ein hoher Krankenstand zu schaffen.

Als Folge des Personalmangels haben Gastronomiebetriebe zum Teil ihre Geschäftszeiten reduziert. Gäste sind daher oftmals gut beraten, sich Plätze in Restaurants zu reservieren. Mitunter sind altbekannte Gastronomiebetriebe in Laufe der letzten beiden Jahre auch gänzlich von der Bildfläche verschwunden.

Weniger erfreulich für Urlauber dürfte auch sein, dass die Preise für Unterkünfte und in der Gastronomie deutlich angezogen sind. Aus beliebten Urlaubsregionen der Nordländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern berichten Gäste von Preissteigerungen von bis zu 30 Prozent.

So ist denn Deutschland im internationalen Vergleich noch immer ein ausge-

sprochen teures Urlaubsziel. In vielen anderen Ländern müssen Urlauber in Restaurants und Hotels deutlich weniger bezahlen. Selbst in Italien mit seinen relativ hohen Preisen in Restaurants und Hotels ist es für Urlauber noch immer drei Prozent günstiger, als zwischen Ahlbeck und Zugsitze Ferien zu machen.

In Spanien sind touristische Dienstleistungen 17 Prozent, in Griechenland sogar 21 Prozent günstiger. Ein Urlaub in Kroatien ist fast ein Viertel billiger als Urlaub in Deutschland. Die Schwäche der türkischen Lira hat Urlaub in der bisher schon preiswerten Türkei weiter verbilligt. Touristen müssen für Essen, Trinken und Unterkunft inzwischen nur noch gut ein Drittel von dem bezahlen, was in Deutschland für einen Urlaub fällig würde. Norman Hanert

WOHNUNGSNOT

Einheimische nun fast chancenlos

Berlins Wohnungsmarkt war eh schon angespannt – Flüchtlingsunterbringung spitzt die Lage weiter zu

VON NORMAN HANERT

Die Ankündigung, für mehr bezahlbare Wohnungen zu sorgen, gehört für Politiker in Regierungsverantwortung zum Standardprogramm. Dabei ist es die Politik selbst, die über einen Wust von Bauvorschriften die Baupreise in die Höhe treibt und über die „Energiewende“ steigende Nebenkosten verursacht. Auf der anderen Seite sorgt eine politisch forcierte Massenzuwanderung für zusätzliche Nachfrage nach Wohnraum. Leidtragende dieses Politikversagens sind längst nicht mehr nur sozial Schwache, sondern immer stärker auch Mittelschichtler.

Wie schwer es mittlerweile sogar für Menschen mit hohem Einkommen ist, in der deutschen Hauptstadt eine Mietwohnung zu finden, zeigt eine Darstellung über eine Vermietung, die unlängst in der „Berliner Zeitung“ erschien. Zum Angebot stand dabei eine Dreizimmerwohnung mit 81 Quadratmetern in Berlin-Wedding. Laut Exposé sollte für die 1989 fertiggestellte Wohnung eine Kaltmiete von 780 Euro fällig sein. Als Warmmiete gab der Vermieter 1022 Euro monatlich an. Als die Wohnung auf einem großen Immobilienportal angeboten wird, melden sich insgesamt 656 Interessenten.

Der Staat als harter Konkurrent

Vom Makler zum Besichtigungstermin geladen wurden am Ende 45 Personen, darunter Professoren, Chirurgen und Manager: „Klientel, dass noch vor Jahren nicht in den Wedding gezogen wäre“, so die Zeitung. Tatsächlich genießt der Wedding nicht den Ruf einer Nobeladresse, er gilt vielmehr als ausgesprochenes Problemviertel. Wie sich aus dem Bericht ergibt, hatte der Makler Bewerber, die nicht mindestens das Dreifache der Warmmiete von 1022 Euro als Nettoeinkommen nachweisen konnten, von vornherein aussortiert. Auch Rentner und Bewerber mit Haustier waren chancenlos. Am Ende ging der Mietvertrag an eine Managerin aus dem Gesundheitsbereich, die mit Mann und Kind in die Wohnung einzieht.

Gering- und Normalverdiener oder große Familien haben es auf dem Berliner Wohnungsmarkt schon seit einigen Jahren schwer. Seit Längerem spüren sie im Rennen um einen Mietvertrag nicht mehr



Selbst Problemviertel sind nun heiß begehrt: Warten auf eine Wohnungsbesichtigung in Berlin-Neukölln

Foto: akg images

nur die Konkurrenz von gut verdienenden Führungskräften, Ärzten und Staatsbediensteten immer stärker, sondern auch den deutschen Staat ganz direkt. Seit der Immigrationswelle von 2015 tritt der Staat immer häufiger als großer und finanzstarker Nachfrager auf dem Wohnungsmarkt auf.

Derzeit versuchen Sozialämter in Berlin, aber auch in anderen deutschen Großstädten, fieberhaft, ukrainische Kriegsflüchtlinge mit Wohnraum zu versorgen. Dabei setzen die zuständigen Behörden nicht zuletzt auch auf starke finanzielle Anreize. In Berlin können Privatpersonen von den Bezirken beispielsweise pro Kopf bis zu 500 Euro monatlich erhalten, wenn sie Flüchtlinge bei sich in der Wohnung aufnehmen. Hannover zahlt privaten Vermietern für die Beherbergung ukrainischer Flüchtlinge sogar Prämien. Bei einer Mietdauer von mindestens neun Monaten zahlt Niedersachsens Landeshauptstadt privaten Vermietern 1500 Euro. Läuft der Mietvertrag sogar 18 Monate, steigt die Prämie auf 3000 Euro. Je nach Personen-

zahl und Mietdauer kann der finanzielle Anreiz für Vermieter auf bis zu 7000 Euro ansteigen. Zur Begründung für die Zahlungen sagte Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne): „Bei der Landeshauptstadt gibt es keine Denkverbote, wenn es darum geht, die Menschen aus der Ukraine unterzubringen.“

Kaum ausreichender Neubau

Der Versuch deutscher Kommunen, die ukrainischen Kriegsflüchtlinge aus Notquartieren und Gemeinschaftsunterkünften herauszuholen und in Wohnungen unterzubringen, ist nachvollziehbar und menschlich geboten. Angesichts der hohen Nachfrage nach preiswertem Wohnraum in den deutschen Großstädten tritt der Staat allerdings damit auf dem Wohnungsmarkt einen Verdrängungswettbewerb los, bei dem die Einheimischen die schlechteren Karten haben.

Durch die starke Zuwanderung nach Deutschland ist zudem zu befürchten, dass der Mangel an Wohnungen nicht abreißen wird. Allein im Zuge der Immigra-

tionswelle von 2015/16 sind mehr als zwei Millionen Menschen nach Deutschland eingereist. In diesem Jahr sind allein durch den Konflikt in der Ukraine seit dem 24. Februar nochmals 360.000 Kriegsflüchtlinge nach Deutschland gekommen – eine Schätzzahl, die wahre Menge dürfte deutlich höher liegen. Innerhalb weniger Jahre hat sich damit eine zusätzliche Nachfrage nach mehreren hunderttausend Wohnungen aufgebaut, der kein entsprechender Neubau von preiswerten Wohnungen gegenübersteht.

Deutschlandweit könnte dies eine Entwicklung überlagern, auf die kürzlich das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung aufmerksam gemacht hat. Laut dem Referatsleiter Matthias Waltersbacher ist der „Boom mit immer weiter steigenden Preisen für Miet- und Eigentumswohnungen in den Städten“ vorbei. Als Ursache der Trendumkehr sehen die Forscher des Instituts, dass die Menschen einfach nicht mehr bereit und vor allem nicht in der Lage seien, noch mehr Geld für Wohnraum zu bezahlen.

DEMONSTRATIONEN

Judenhasser marschieren durch die Hauptstadt

Bündnis reicht von arabischen Terror-Sympathisanten bis zur Jugendorganisation der Linkspartei

Am Ostermontag zogen mehrere hundert Palästinenser und andere Araber sowie deren linksextreme deutsche Unterstützer durch Berlin-Neukölln, um den „Tag der politischen Gefangenen“ zu begehen. Aufgerufen dazu hatten unter anderem die Organisation Samidoun Deutschland und ähnliche Vereine aus deren Umfeld. Am Hermannplatz wurde ein Polizeiauto mit Steinen beworfen, aus „der Menge heraus“ flogen Steine und Flaschen in Richtung Polizei.

Ein Demonstrant hielt einer Fotografin sein Kind vor die Linse und erklärte, sein Kind werde eines Tages „ein großer Bombenleger“ werden. Ein Journalist wurde bedroht und der „Aktivist“ von der Polizei zunächst festgenommen, anschließend aber wieder laufengelassen. Angeblich ist das Ziel von Samidoun Deutschland die Unterstützung palä-

nensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen. Aus dem israelischen Innenministerium heißt es jedoch. Samidoun diene parallel dazu als Vorfeldorganisation der Terrorgruppierung PFLP. Die Beteiligung an der Demonstration ist im Vergleich zum Vorjahr geringer geworden, als mehr als tausend Leute zum selben Anlass durch Neukölln marschieren wollten, allerdings von der Polizei daran gehindert wurden.

Am vergangenen Sonnabend erlebte Berlin schon die nächste Demonstration von Samidoun Deutschland und dem Verein „Palästina spricht“. Im Aufzug befand sich zudem eine Gruppe arabischer Jugendlicher, die immer wieder Parolen der Terrororganisation Hamas anstimmten, etwa: „Stoppt die Waffen, stoppt den Krieg, Intifada bis zum Sieg!“ Mit von der Partie: eine Abordnung der Berliner

Linksjugend solid. Rufe wie „Scheiß Jude“, „Zionistenpresse“ und „Rassisten“ ertönten.

Bei Samidoun Deutschland finden sich Erklärungen wie: „Rassismus abschaffen – Landkonfiszierung und Siedlerkolonialismus entgegenreten“, was auf Israel gemünzt ist. Weiter heißt es, man wolle „vom Fluss zum Meer, Konfrontation mit Imperialismus und Zionismus“. Mit dem Fluss ist der Jordan gemeint, mit dem Meer das Mittelmeer – es geht hier augenscheinlich um die komplette Auslöschung Israels.

Faeser blickt lieber nach „rechts“

Bereits am 30. März beging Samidoun Deutschland den 46. palästinensischen „Tag des Bodens“. Themen waren „Zionismus, Kolonialismus, Apartheid und Besatzung Palästinas“. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) – selbst in Linksextremismus verstrickt – schaut trotz dieser auch von ganz links kommenden Bedrohung des Staates Israel auffällig lieber nach „rechts“. Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) hält sich ebenfalls zurück.

Klare Worte findet hingegen der von der CDU in Berlin-Neukölln gestellte Stadtrat Falko Liecke: „Wer so seine Solidarität mit ‚politischen Gefangenen‘ ausdrückt, missbraucht das Grundrecht der Versammlungsfreiheit. Und wie so oft in den letzten Jahren war das bereits absehbar. Ich halte es für geboten, hier noch genauer hinzusehen und solche Versammlungen zu verbieten, die absehbar gewalttätig sind. Und zwar unabhängig davon, ob man das Anliegen der Versammlung teilt. Gewalt ist nicht vom Grundrecht gedeckt.“

Frank Bücker

KOLUMNE

Zweierlei Maß

VON VERA LENGSELD

Seit Jahren tobt sich offener Judenhass auf Berlins Straßen, aber Polizei und Politiker ducken sich weg. Diesmal waren es palästinensische Aktivisten, die sich zum Sprachrohr aller Antisemiten machten. Aber Innenministerin Nancy Faeser, die kürzlich eine Chatgruppe, die auf Telegram angeblich von Staatsumsturz schwadroniert hat, als „schwerwiegende terroristische Bedrohung“ einschätzte, gegen die sofort mit aller Härte eingeschritten wurde, bleibt diesmal im Nebulösen.

Nach lautstarken Bekundungen zur Auslöschung Israels und tätlichen Angriffen auf die Polizei redet die SPD-Ministerin lediglich davon, für Judenfeindlichkeit gebe es keinen Platz, an Antisemitismus dürften „wir“ uns niemals gewöhnen. Die Täter, wirkliche Terroristen, werden verschwiegen.

Während die Judenfeinde in Berlin weitgehend unbehelligt bleiben, bekam der Berliner Publizist Paul Brandenburg Post vom Staatsschutz. Er hatte auf Telegram geäußert, Gesundheitsminister Lauterbach sei eine größere Gefahr für das Land als Corona. Dies ist nicht nur von der grundgesetzlichen Meinungsfreiheit voll gedeckt, es ist angesichts der Tatsache, dass Biontech zugeben musste, sein Vakzin würde wohl keine reguläre Zulassung bekommen, von beklemmender Realität. Das heißt, dass Lauterbach nach wie vor dafür kämpft, dass ein nicht ausgereifter, unsicherer Impfstoff per Dekret in die Arme der Deutschen gespritzt werden soll.

Brandenburg wird vorgeworfen, den Staat zu „delegitimieren“ und „seine gewählten Vertreter außerhalb der zulässigen Meinungsfreiheit verächtlich zu machen“. Demnach ist Regierungskritik für den Staatsschutz zu sanktionieren, gleichzeitig wird offener Antisemitismus verbal ohne Namen und Adresse verurteilt, aber stillschweigend geduldet. Dieses zweierlei Maß zerstört unsere Gesellschaft.

MELDUNG

AfD: Kalbitz bleibt draußen

Berlin – Andreas Kalbitz ist mit seinem Versuch gescheitert, vor dem Landgericht Berlin die Wiederherstellung seiner Mitgliedschaft in der AfD zu erreichen. Zur Begründung erklärte der Richter unter anderem: „Anfechtung wegen arglistiger Täuschung ist bürgerliches Recht. Das ist einfache Rechtsanwendung.“ Es ging in dem Rechtsstreit um Kalbitz' verschwiegene Mitgliedschaft bei den Republikanern und der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ), wobei der letztere Sachverhalt nicht thematisiert wurde. Die AfD Brandenburg hatte etwa zwei Wochen zuvor Birgit Bessin, die als treue Gefolgsfrau von Kalbitz gilt, zur neuen Landeschefin gewählt. Der gesamte Vorstand, mit Ausnahme des Bundestagsabgeordneten René Springer, besteht aus Kalbitz-Anhängern. Kalbitz' Hoffnung, ein anders zusammengesetzter Bundesvorstand könnte seinen 2020 beschlossenen Parteiabschluss revidieren, erteilte der AfD-Bundesvorsitzende Tino Chrupalla eine Absage: „Wenn Herr Kalbitz gelogen hat bei der Mitgliedsaufnahme, dann darf er auch nicht Mitglied der Partei sein.“

F.B.

● MELDUNGEN

Keine weiteren Waffen an Kiew

Athen – Nach Angaben des griechischen Verteidigungsministers Nikos Panagiotopoulos will Griechenland keine weiteren Waffen mehr an die Ukraine liefern. Bei einer Parlamentsdebatte sagte Panagiotopoulos: „Die Ausrüstung, die wir in die Ukraine geschickt haben, stammt aus unseren Beständen. Es wird nicht in Betracht gezogen, mehr zu schicken“. Die Verteidigungsfähigkeit Griechenlands, insbesondere der griechischen Inseln, solle nicht durch die Weggabe weiterer Waffen geschwächt werden, so der Verteidigungsminister. Mit Hilfe zweier Transportflugzeuge vom Typ Lockheed C-130 „Hercules“ hat die griechische Regierung bislang Kalaschnikow-Maschinenpistolen und Raketenwerfer an die Ukraine geliefert. Laut einer Meinungsumfrage des Privatsenders Mega TV lehnen 66 Prozent der Griechen die Lieferung von militärischem Material an die Ukraine ab. Bei der Befragung sprachen sich 29 Prozent für Waffenlieferungen aus. N.H.

Aufruf zu Anschlägen

Atmeh – Abu Omar al-Muhadschir, Sprecher des Islamischen Staates (IS), seit sein Vorgänger Abu Hamsa al-Kuraischi Ende Februar/Anfang März im Kampf getötet wurde, hat die Anhänger der Organisation in einer Audiobotschaft über al-Furqan Media aufgefordert, den Krieg in der Ukraine zu nutzen, um Terroranschläge in Europa zu verüben. Die Gelegenheit sei derzeit besonders günstig, da „die Kreuzritter gegeneinander kämpfen“. Laut al-Muhadschir sollen die neuen Anschläge Teil eines „gesegneten Feldzuges“ sein, mit dem der Islamische Staat den Tod seines Anführers Abu Ibrahim al-Haschimi al-Kuraischi rächen wolle. Der hatte sich am 3. Februar in dem nordsyrischen Dorf Atmeh während eines Angriffs von US-Spezialeinheiten in die Luft gesprengt. Sein Nachfolger ist seit dem 9. März Abu al-Hassan al-Hashimi al-Kuraischi. W.K.

Riad liefert Uiguren aus

New York – Laut der uigurischen Menschenrechtsaktivistin Rayhan Asat wollen die Behörden in Saudi-Arabien eine Mutter und deren 13-jährige Tochter sowie zwei weitere Uiguren nach China abschieben. In der Volksrepublik drohen den Geflüchteten Haft und Folter in einem der zahlreichen „Zentren zur beruflichen Qualifizierung und Ausbildung“ für Angehörige der uigurischen Minderheit in der nordwestchinesischen Provinz Xinjiang. Laut Asat hatten sich die Uiguren während des Fastenmonats Ramadan nach Mekka begeben in der Hoffnung, dort Schutz und Asyl zu erhalten. Asat bezeichnete es gegenüber der US-amerikanischen Presse als Skandal ersten Ranges, dass der mit den Vereinigten Staaten verbündete Golfstaat muslimische Flüchtlinge an die kommunistische Volksrepublik ausliefere, die sich für ihr Auslieferungssuchen der Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation – Interpol bediene. W.K.

GROSSBRITANNIEN

Erst mal nach Afrika

Briten wollen illegal eingereiste Asylsucher zunächst per Flugzeug nach Ruanda bringen

VON BODO BOST

A lleinstehende männliche Migranten, die nach der Überquerung des Mittelmeers und des Kanals einen Asylantrag in Großbritannien stellen, sollen zukünftig erst einmal wieder außer Landes gebracht werden, und zwar per Flugzeug nach Ruanda. Australien hatte eine vergleichbare Behandlung von Migranten schon vor zehn Jahren unter einer Labour-Regierung eingeführt. Dort müssen illegal einreisende Asylsucher ihr Asylverfahren von Neu-Guinea oder Nauru aus betreiben. Das hat die Bewerberzahlen sehr stark nach unten gedrückt und fast zum Erliegen gebracht.

Vergangenes Jahr hatte in Dänemark allein schon die Androhung der sozialdemokratischen Regierung, Asylverfahren nach Ruanda auszulagern, zu einem Einbruch der Bewerberzahlen geführt. Die Idee zu dieser Auslagerung nach Ruanda stammte von dem dänischen Einwanderungsminister Mattias Tesfaye, dem Sohn eines Flüchtlings aus Äthiopien. Däne-

mark verfolgt seit einigen Jahren das Ziel einer Null-Immigration. Mit der Auslagerung des Asylverfahrens nach Ruanda hofft man diesem Ziel ein Stück näher zu kommen.

Bisherige Methoden waren erfolglos

In Großbritannien waren die Reaktionen auf das Auslagern des Asylverfahrens gemischt. Menschenrechtsgruppen und die anglikanische Kirche äußerten sich konsistent. Aber ein großer Teil der Bevölkerung ist damit einverstanden.

In Skandinavien war die von Angela Merkel ausgelöste Einwanderungswelle 2015 für einige Zeit ein echtes Trauma. Im schwedischen Malmö, eigentlich ein Vorort der dänischen Hauptstadt Kopenhagen, herrschen seitdem bürgerkriegsähnliche Zustände. Muslimische Jugendbanden terrorisieren jüdische Überlebende der Shoa. Sie haben ganze Stadtviertel unter ihrer Kontrolle. Fast wöchentlich werden Menschen auf offener Straße erschossen.

Ruanda dagegen ist, seit es den Völkermord 1994 mustergültig bewältigt hat, ein

Modell an Sicherheit und Demokratie nicht nur für Afrika. Kein anderes Land der Welt ist so stark an internationalen UN-Mandaten beteiligt wie Ruanda.

Die unkontrollierte Migration war eines der zentralen Themen beim Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, dem Brexit. Premierminister Boris Johnson ist zwar angetreten, das Thema Immigration wieder zu einer britischen Angelegenheit zu machen, aber seit Beginn seines Amtsantritts hat die Zahl der illegalen Immigrationen über den Ärmelkanal jedes Jahr zugenommen, trotz bilateralen Verträge mit Frankreich und verschärften Gesetzen im Inland wie dem Einsatz der Marine.

Ruanda ist sehr anglophil

Ruanda ist ausgesprochen englandfreundlich. 2009 war es nach Mozambik das zweite Land der Erde, das obwohl nie britische Kolonie, freiwillig dem Commonwealth beigetreten ist. Französisch wurde durch Englisch als Nationalsprache ersetzt. Mit diesem Schritt möchte das Land auch seine unglückselige Vergangenheit

unter frankophonem Vorzeichen und den Völkermord von 1994 bewältigen.

Ruanda hat sich vertraglich verpflichtet, Migranten in seinem Land einem Asylverfahren, das internationalen Standards entspricht, zu unterziehen. Großbritannien wird Ruanda dafür 120 Millionen Pfund (rund 144 Millionen Euro) zahlen. Von der Regelung sind zunächst nur allein reisende Männer betroffen, keine Frauen oder Familien mit Kindern.

Analysten sehen in dem Abkommen zwischen Großbritannien und Ruanda in erster Linie eine Maßnahme, Migranten davon abzuhalten, in Frankreich in die Boote am Ärmelkanal zu steigen und die lebensgefährliche Überfahrt nach England zu riskieren. Bis nach Deutschland hin waren infolge der enorm gestiegenen Nachfrage Schlauchboote knapp geworden. Wenn in Zukunft eine gelungene Querung des Ärmelkanals heißt, sich in Ruanda wiederzufinden, werden es sich wahrscheinlich viele überlegen, ob sie die Kanalquerung in nicht seetüchtigen Booten wagen wollen. Das könnte Menschenleben retten.



Ihre Anzahl will London minimieren: Immigranten auf der Fahrt mit einem seeuntüchtigen Boot über den Ärmelkanal

Foto: action press

SCHWEDEN

Ursache oder Vorwand der Immigrantengewalt?

Krawalle nach Koran-Verbrennungen auf Veranstaltungen des Politikers und Anwalts Rasmus Paludan

Auslöser der jüngsten gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Immigranten und der Polizei in Schweden waren angekündigte und teilweise auch durchgeführte Koran-Verbrennungen von Mitgliedern der dänischen islam- und einwanderungskritischen Gruppierung Stram Kurs (Strammer Kurs) des 1982 in Nordsjælland geborenen Rasmus Paludan.

Der sowohl die dänische als auch die schwedische Staatsbürgerschaft besitzende Politiker und Rechtsanwalt fordert seit längerem einen Einwanderungsstopp aus muslimischen Ländern sofort und darüber hinaus längerfristig eine Abschiebung der in Skandinavien bereits lebenden Muslime.

Derzeit hält er in verschiedenen schwedischen Städten Versammlungen ab, auf denen grundsätzlich ein Exemplar des Koran verbrannt wird. Wegen des in Schweden hoch geachteten Rechts der freien Meinungsäußerung, schritten die dortigen Behörden bislang nicht ein.

Auch wenn es nicht immer zur Verbrennung eines Korans kommt und manchmal Paludan noch nicht einmal auftaucht, zeigen allein schon entsprechende Veranstaltungsankündigungen Wirkung. In mehreren Orten Schwedens kam es bereits zu gewalttätigen Unruhen, an denen sich Hunderte, vor allem jüngere Einwanderer, beteiligten. Ihre Wut richtete sich auch gegen die Polizei. Poli-

zisten wurden attackiert, und Polizeiautos gingen in Flammen auf.

Schwedens Polizeichef Anders Thornberg macht dafür weniger Paludan verantwortlich als Verbrecherbanden aus dem Immigrantenviertel. „Das ist eine ernst zu nehmende Brutalität gegenüber der Polizei und weniger der Wille, den eigenen Glauben zu verteidigen. Das hat nichts zu tun mit Protest, sondern ist eine unentschuld bare Attacke auf unser Rechtssystem und unsere Demokratie“, sagte Thornberg.

Ähnlich äußerte sich der Kriminologe Jerzy Sarnecki im schwedischen Fernsehen. Die meisten Randalierer seien organisiert und maskiert gewesen, einige der

Anführer polizeibekannt. Bei denen handele es sich „nicht um religiöse Extremisten, sondern Schwerkriminelle“.

Ähnlich groß wie das Erschrecken über die Militanz der Einwanderer ist in Schweden die Verwirrung über die Intention Paludans. Dieser hatte 2019 in Dänemark versucht, für seine islamkritische Splitterpartei Wahlerfolge zu gewinnen. Er schaffte es zwar in die Schlagzeilen, aber nicht ins Parlament. Mit 1,8 Prozent scheiterte er bei den letzten Folketing-Wahlen vom 5. Juni 2019 an der in Dänemark gültigen Zwei-Prozent-Hürde. Paludan hat bislang offengelassen, ob er womöglich zukünftig auch bei schwedischen Wahlen antreten will. Peter Entinger

VON NORMAN HANERT

Während das politische Berlin noch darüber streitet, ob und wie schnell Deutschland ohne Erdöl aus Sibirien auskommen kann, ist eine andere Ölkrise bereits in den Regalen der Lebensmittelhändler angekommen. Pflanzenöle sind vielerorts in Deutschland zur Mangelware geworden.

Bereits während der Corona-Pandemie hatten unterbrochene Lieferketten und die verstärkte Nachfrage nach Biodieselkraftstoffen den Preis für Pflanzenöl auf dem Weltmarkt steigen lassen. Inzwischen sehen sich viele Einzelhändler sogar gezwungen, die Abgabe von Sonnenblumen- oder Rapsöl zu rationieren.

Letzte Bestände verarbeitet

Laut Maik Heusch, dem Sprecher des Verbandes der ölsaatenverarbeitenden Industrie, haben bislang vor allem Käufer die Nachfrage und damit auch den Preis in die Höhe getrieben, die viel mehr Öl kaufen, als sie eigentlich brauchen. Tatsächlich registrierte das Statistische Bundesamt einen sprunghaft gestiegenen Absatz. So lag nach Angaben der Statistiker der Absatz von Speiseöl im Einzelhandel in der Woche vom 7. bis 13. März mehr als doppelt so hoch wie ein halbes Jahr zuvor, im September 2021.

Den hamstern den Verbrauchern muss man zugestehen, dass sie mit ihrer skeptischen Einschätzung der künftigen Versorgungslage vermutlich richtig liegen. Nach Angaben von Heusch werden in den Ölmühlen derzeit die letzten Bestände verarbeitet. „Und es kommt nichts nach“, so Heusch.

Indonesien macht dicht

Auf dem Weltmarkt sind die Ukraine und Russland die größten Exporteure von Sonnenblumen- und Rapsöl. Vor allem die Regionen um das Schwarze Meer stehen insgesamt für etwa drei Viertel aller Sonnenblumenölexporte auf dem Weltmarkt. Durch Kampfhandlungen, blockierte Häfen und horrenden Versicherungsprämien für Schiffstransporte im Schwarzen Meer ist derzeit der Handel allerdings massiv eingebrochen. Die russische Regierung hat zudem auch noch einen bis Ende August geltenden Exportstopp für Rapsamen und Sonnenblumenkerne verhängt. Den Export von Sonnenblumenöl will Russland zudem auf „freundliche Staaten“ beschränken. Obendrein hat inzwischen auch noch Indonesien, der größte Produzent von Palmöl, ein zeitweiliges Ausfuhrverbot angekündigt.

Die Entwicklung auf dem Weltmarkt hat drastische Auswirkungen auf Deutschland, das stark auf Importe angewiesen



„Und es kommt nichts nach“: Ladenregal für Sonnenblumen- und Rapsöl

Foto: imago/Serienlicht

ÖLKRISE

Warum Hamsterkäufe vernünftig waren

Der Mangel an Pflanzen-, insbesondere Sonnenblumenöl ist real. Und die Politiker in Berlin wie Brüssel verschlimmern die Lage noch

ist. Bei Sonnenblumenöl führt Deutschland 94 Prozent seines Bedarfs ein. Etwas besser sieht die Bilanz bei Rapsöl aus, das mit einem Marktanteil von 40 Prozent das beliebteste Pflanzenöl der Deutschen ist. Von den gut neun Millionen Tonnen Rapssaat, die Deutschlands Ölmüller im Jahr verarbeiten, stammten 2020 immerhin 3,5 Millionen Tonnen aus einheimischem Anbau.

Ausgleich kaum zu schaffen

Agrarexperten bezweifeln, dass Deutschlands Landwirtschaft die Produktion bei Sonnenblumenkernen so stark steigern kann, dass Importausfälle in nennenswertem Umfang kompensiert werden können. In ganz Deutschland liegt die Anbaufläche für Sonnenblumen bei nur etwa 28.000 Hektar.

Fast die Hälfte davon entfällt auf Brandenburg. Vor allem im Osten und Süden der Mark sind die Bedingungen zum Anbau günstig. Sonnenblumen mögen Bö-

den, die sich leicht erwärmen. Zudem kommen die Pflanzen in ihrer Reifephase ab August auch gut mit Trockenheit zurecht.

EU-Kommission will mehr Brache

Henrik Wendorff, Präsident des Brandenburger Landesbauernverbandes, dämpfte allerdings inzwischen Hoffnungen, dass hierzulande der Anbau von Sonnenblumen massiv ausgeweitet werden könne. Für Saat und Ernte sei Spezialtechnik erforderlich, zudem bräuchten die Landwirte qualitativ hochwertiges Saatgut. Dieses sei jedoch nach Angaben von Brandenburgs Landesbauernpräsident derzeit nicht am Markt zu bekommen. „Der Samen ist im Moment sprichwörtlicher Goldstaub“, so Wendorff. Für eine Ausweitung der Produktion fehlt es nicht nur in Brandenburg, sondern in ganz Deutschland obendrein auch noch an Ackerflächen.

Jahr für Jahr schrumpft die für die Landwirtschaft nutzbare Fläche durch

Bebauung, immer stärker aber auch durch die Nutzung von Agrarflächen für Windkraftanlagen und Photovoltaik-Farmen. Zudem wird ein erheblicher Anteil der Ackerflächen in Deutschland mittlerweile gar nicht mehr für die Nahrungsproduktion genutzt, sondern zum Anbau von Energiepflanzen zur Erzeugung von Biogas oder als Bio-Beimischung für Kraftstoffe. Bereits im Jahr 2018 wurden auf über 2,4 Millionen der insgesamt gut zwölf Millionen Hektar Ackerfläche Energiepflanzen wie etwa Mais angebaut.

Angesichts der Lage auf dem globalen Agrarmarkt scheinen ebenso die Flächenstilllegungspläne der EU völlig von der Realität abgekoppelt. Der „Reformplan“ der EU-Kommission sieht vor, dass Landwirte in ganz Europa ab Herbst 2022 auf mindestens vier Prozent der Ackerfläche nichts mehr anbauen und die Flächen „der Selbstbegrünung“ überlassen.

TRANSPORT

Corona, Ukrainekrieg und möglicherweise Sabotage

Warum die Lieferketten bis zum Zerreißen gestört sind

Die globalen Lieferketten sind in letzter Zeit immer länger und komplexer geworden. Ein Unternehmen wie Volkswagen arbeitet inzwischen bereits mit über 40.000 Zulieferern und Dienstleistern rund um die Welt zusammen. Nun droht diesen Lieferketten das Zerreißen. Die Gründe hierfür sind steigende Preise und Probleme beim Transport der Güter. Beispielsweise haben sich die Containerfrachtraten 2021 mehr als vervierfacht. Ebenso fehlt zunehmend Personal in der Branche.

Zu den Gründen für diesen Personal-mangel heißt es in einem gemeinsamen offenen Brief von vier großen internationalen Verbänden der Verkehrswirtschaft an die Vollversammlung der Vereinten Nationen, viele Beschäftigte seien während der Corona-Pandemie derart

schlecht behandelt worden, dass sie in der Folge ihren Beruf aufgegeben hätten.

Und tatsächlich mussten rund 400.000 zivile Seeleute wie Strafgefangene auf den Handelsschiffen ausharren – bis zu einhalb Jahre lang. Ähnlich übel erging es zahlreichen Lastwagenfahrern im grenzüberschreitenden Verkehr, die ständigen Schikanen ausgesetzt waren und sich mit permanent wechselnden Vorschriften konfrontiert sahen. Zudem gab es Streit um die internationale Anerkennung von Impfstoffen, sodass manche Transportarbeiter bis zu sechs Corona-Impfungen benötigten.

Dazu kommen nun die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine. Der verschärft den Warenstau im Seehandel, weil über einhundert große Frachter in den Häfen des Schwarzen Meeres festliegen und da-

mit für weitere Fahrten ausfallen. Deshalb bleiben momentan 14 Prozent aller verschifften Waren irgendwo zwischen Absender und Empfänger hängen.

Nicht viel besser sieht es in der Frachtflierei aus. Westliche Fluglinien dürfen den Luftraum über Russland nicht mehr nutzen und müssen Umwege fliegen, wenn sie China, Japan oder Südkorea ansteuern. Dazu kommt der Boykott der russischen Volga-Dnepr-Group, die bislang erhebliche Mengen an Luftfracht zwischen Europa und den USA transportierte, vor allem Pharmazeutika, bei denen nun Engpässe auftreten.

Wie störanfällig die Lieferketten mittlerweile geworden sind, zeigt sich aktuell auch am Mangel an Europaletten für den Versand von Waren mit bis zu einhalb Tonnen Gewicht. Zum einen bleiben die

Importe dieser Paletten aus Russland und der Ukraine aus, zum anderen fehlen den Herstellern in anderen Ländern die Lieferungen von Holz und Nägeln aus Russland. Daraus ergibt sich allein in Deutschland ein Defizit von 20 Millionen Paletten, was Handel und Industrie zunehmend zu spüren bekommen.

Allerdings könnten die Lieferketten nicht nur aus den genannten Gründen kollabieren. So scheint es Kräfte zu geben, die gezielt Sabotage betreiben. Darauf verwies der US-amerikanische Analyst James Rickards in „The Daily Reckoning“. Es dränge sich der Eindruck auf, so Rickards, dass manche „große Akteure wie China“ ganz bewusst auf einen Bruch der Lieferketten hinarbeiteten, „um die westlichen Volkswirtschaften aus geopolitischen Gründen zu schädigen“. *Wolfgang Kaufmann*

● MELDUNGEN

Warnung vor Überforderung

London – Geschäftsführer von britischen Versorgern warnen davor, dass eine große Zahl von Kunden in Großbritannien durch steigende Energiekosten in Zahlungsschwierigkeiten geraten könnten. Vor einem Ausschuss des britischen Parlaments sprachen die Wirtschaftsvertreter von Signalen, dass eine alarmierende Zahl von Kunden Probleme habe, ihre Energierechnungen zu bezahlen. Michael Lewis, Chef von E.ON UK, erklärte vor dem Parlamentsausschuss, dass eine signifikante Zahl von Menschen in Großbritannien in eine Energiearmut und als Folge in eine Überschuldung rutschen werde. Keith Anderson, Geschäftsführer von ScottishPower, warnte insbesondere vor einer Verschärfung der Lage im Herbst. Auch Chris O’Shea, Chef des größten britischen Energieversorgers Centrica Plc, prognostizierte für den Oktober eine Verschlimmerung der Lage der Kunden, wenn keine Maßnahmen ergriffen würden. *N.H.*

Die Ukraine kritisiert Shell

London/Riga – Vertreter der ukrainischen Regierung werfen dem Ölkonzern Shell vor, mit „Buchhaltungstricks“ zu verschleiern, dass das Unternehmen weiterhin mit russischem Öl handelt. Shell hatte Ende Februar, vier Tage nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine, einen Rückzug von seinen Partnerprojekten mit Gazprom angekündigt. Anfang März erklärte der Konzern zudem, kein Öl und Gas aus Russland mehr kaufen zu wollen. Die Ukraine wirft Shell nun ganz konkret vor, auf dem sogenannten Spotmarkt weiterhin russische Raffinerieprodukte wie Diesel zu kaufen und mit Lieferungen anderer Herkunft zu mischen. Da solche Geschäfte über den lettischen Hafen Windau (Ventspils) abgewickelt werden, bezeichnen Händler auf dem internationalen Ölmarkt die Produkte, die bis zu 49 Prozent aus russischen Zulieferungen bestehen, mittlerweile als „Latvian blend“ (lettischen Verschnitt). *N.H.*

Ungleiche Behandlung

Moskau/Washington – Der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Michail Popow, hat den USA vorgeworfen, bei den Sanktionen Druck auf die Europäer auszuüben, selbst aber am Import russischen Rohöls festzuhalten und den Bezug sogar ausgeweitet zu haben. In einem Interview mit der Tageszeitung „Komsomolskaja Prawda“ hat Popow Anfang April erklärt, dass die russischen Rohöllieferungen in die USA binnen einer Woche um 43 Prozent auf 100.000 Barrel täglich angestiegen seien. Popow wies zudem darauf hin, dass die US-Regierung trotz der Sanktionen US-amerikanischen Unternehmen weiterhin die Einfuhr von russischem Mineraldüngern erlaubt, indem diese als „wesentliche Güter“ deklariert wurden und somit als Ausnahme behandelt werden. Wie Popow in dem Interview erklärte, erlaubt die US-Regierung den Europäern nicht, für sich analoge Maßnahmen zu ergreifen. *N.H.*

Der Unvollendete

Leben und Werk als Fragment – Vor 250 Jahren wurde der Frühromantiker Novalis geboren. Sein Erkennungszeichen: die blaue Blume

VON HARALD TEWS

Zu den „Unvollendeten“ der deutschen Literatur gehört ein gewisser Georg Philipp Friedrich von Hardenberg. Besser bekannt unter seinem Pseudonym Novalis ist er ähnlich wie Theodor Körner („Lützows wilde Jagd“), Märchenautor Wilhelm Hauff oder der „Woyzeck“-Schöpfer Georg Büchner jung an Jahren gestorben, aber unvergessen.

Obgleich sie alle zwischen ihrem 20. und 30. Lebensjahr starben und ein zum Teil unvollendetes Werk hinterlassen haben, rankt sich um sie ein Mythos ähnlich dem einer zu früh aus dem Leben gerissenen Marilyn Monroe. Denn sie standen für Aufbruch, Neubeginn, Revolte, ja, vielleicht sogar Revolution.

Einst war es die Französische Revolution, welche nicht nur die politische, sondern auch die literarische Landschaft veränderte. Die deutsche Romantik, die sich anstelle der an der Antike orientierten Regelklassik laut Friedrich Schlegel zur „progressiven Universalpoesie“ herausbilden sollte, wäre ohne die revolutionären Geschehnisse in Frankreich kaum entstanden. Wer aber wissen will, was Romantik eigentlich genau ist, kommt an Schlegel und an dem am 2. Mai 1772 auf dem an den östlichen Harz-Ausläufern gelegenen Schloss Oberwiederstedt geborenen Novalis nicht vorbei. Er war nicht nur ständiger Besucher der legendären Wohngemeinschaft des Jenaer Romantikkreises um die Brüder Schlegel und deren Lebensgefährtinnen, sondern mit Friedrich Schlegel auch der theoretische Vordenker der Frühromantik.

Dabei gibt es kein Pamphlet, kein Manifest, welches die Gedanken der Romantiker auf den Punkt bringt. Man muss es sich aus Fragmenten, Aphorismen und Essaysammlungen zusammenreimen. Wichtigste Quelle sind Schlegels „Athenäumsfragmente“ und die von Novalis in



Doppelter Novalis: Das einzige Ölbildnis des Autors im Novalis-Museum auf Schloss Oberwiederstedt

Foto: ddp

Schlegels Zeitschrift „Athenäum“ veröffentlichten „Blüthenstaub“-Fragmente.

Selbst dabei bleibt vieles im Vagen und für Interpretationen nach allen Seiten offen. Im Prinzip sieht Novalis ähnlich wie Schlegel in der Poesie das alleinige Heilmittel, um der Zerrissenheit der Welt, von Mensch und Natur, ein Ende zu bereiten. Und das treibt er mit missionarischem Eifer voran: „Wir sind auf einer Mission: Zur Bildung der Erde sind wir berufen“, schreibt er im „Blüthenstaub“. Ziel sei das Goldene Zeitalter, das man weniger herbeizaubern, als poetisch herbeiromantisieren will. Politik, Geschichte, Philosophie und Religion müssten allegorisch und mythisch überhöht, also romantisiert werden.

Eine Synthese und Harmonie sieht er sogar zwischen Monarchie – der preußi-

sch Herrscherfamilie stand er freundlich gegenüber – und Republik. „Alle Menschen sollten thronfähig werden“, schreibt er in einem jugendlichen Anfall von Demokratie, schränkt aber ein: „Das Erziehungsziel zu diesem fernen Ziel ist ein König. Er assimiliert sich allmählich die Masse seiner Untertanen.“

Dichter der blauen Blume

Was wir heute unter Gefühlsromantik verstehen, hat also nichts mit dem zu tun, was die Frühromantiker anstrebten. Es ging auch um eine politische Einheit – nur eben mit den Mitteln der Poesie. Dass sich Novalis in seinem frühreifen jugendlichen Drang als Schwätzer herausstellte, merkte auch Schlegel, der über Novalis' romantisches Programm spottete: „Das wird ein interessantes Rührei werden.“

Seine Philosophie rührte er aus den Lehren Kants, Fichtes und des Niederländers Hemsterhuis zusammen und verbreitete sie diskussionsfreudig in seinem Bekanntenkreis – heute würde man sagen „Netzwerk“ – um Goethe, Schiller, Jean Paul, Tieck, Schelling und Herder. Dieses Netzwerk sorgte dafür, dass der Name Novalis über dessen Tod hinaus fortlebte.

Denn sein schmales literarisches Werk, das er nebenher als dienstbeflissener Salinenassessor im Staatsdienst hinterließ, ist so überschaubar und fragmentarisch wie sein kurzes Leben selbst. Mit „Die Lehrlinge zu Sais“ und „Heinrich von Ofterdingen“ hinterließ er zwei Romanfragmente. Im Letzteren tauchte jenes Sehnsuchtsmotiv auf, mit dem sein Name dauerhaft verbunden bleibt und das schlechthin symbolisch für die Frühro-

mantik steht: die „blaue Blume“. Diese ist eine Art Erlösungsmotiv, nach der nicht nur der orientierungslose mittelalterliche Titelheld sucht, sondern auch Novalis selbst in Erwartung seines frühen Todes.

Es war wohl die Tuberkulose, die seinem Leben mit 28 Jahren ein Ende setzte. Angesteckt hatte er sich bei einem zwölfjährigen Mädchen, in das er sich mit Anfang 20 verliebt hatte und mit dem er sich heimlich verlobte. Drei Jahre später starb sie. Seinen Schmerz darüber verarbeitete er in sechs kurzen „Hymnen an die Nacht“, die mit seinen „Geistlichen Liedern“, von denen einige ins evangelische Gesangbuch aufgenommen wurden, sein wichtigstes lyrisches Werk ist.

Seine Todesmystik und das Sehnen nach der Ewigen Nacht sind vielen noch ein Quell, aus dem man schöpft, um an die Endlichkeit des Lebens zu mahnen. Und so erfreut sich Novalis bis heute so mancher Sympathie. Literaturhistorisch war es vielleicht ein Glück ihn, jung zu sterben. Denn wer nach einer Sturm- und Drang-Phase als Revoluzzer ein langes Leben vollenden durfte, bekommt oft die Ungnade zu spüren, sobald er im Alter zu entgegengesetzten Ansichten gelangt.

Doch einen reaktionären Novalis mag man sich nicht vorstellen, obwohl er in der DDR wegen seiner adeligen Herkunft und religiösen Dichtung als „dichtender Krautjunker“ diffamiert wurde und man seinen Geburtsort Schloss Oberwiederstedt fast ganz abgerissen hätte. Heute gibt es dort ein Novalis-Museum und in seinem Sterbeort Weißenfels zwischen Leipzig und Jena eine Gedenkstätte, die zum 250. Geburtstag des Dichters mit einem Besucheransturm rechnen können.

● **„Gepflanzt, gepflückt, verzückt“** Installation im Novalis-Museum Schloss Oberwiederstedt vom 15. Mai bis 30. Oktober. Internet: www.novalis-stiftung.de. **Novalis-Gedenkstätte** in Weißenfels an der Saale, Internet: www.novalis-weißenfels.de

FESTIVAL

Mehr Schubert geht kaum

Im Vorarlberg beginnt die vom Opernsänger Hermann Prey ins Leben gerufene Schubertiade 2022

Ein Pech, dass „Schubertiade“ kein markenrechtlich geschützter Begriff ist. So aber kann jeder, der ein paar Werke von Franz Schubert zur Aufführung bringt, zur Schubertiade aufrufen. Das geschah noch zu Lebzeiten des Komponisten, als man seine Kammermusik im privaten Rahmen als Hauskonzerte vorstellte.

Inzwischen hat sich der Rahmen in größere Festival-Formate erweitert. Jährliche Schubertiaden gibt es in Ettlingen, auf Schloss Eyb in Dörzbach, in Schnackenburg an der Elbe, im Schweizer Biel oder in Vilabertran bei Barcelona. Und natürlich darf Österreich, das Geburtsland des Komponisten, nicht fehlen. Mit der Ende dieses Monats im Vorarlberg startenden Schubertiade findet die wohl größte Veranstaltungsreihe statt, in der ausschließlich Schubert-Werke gespielt werden. Bis zum 9. Oktober laufen in Hohenems und Schwarzenberg zahlreiche Kammerkonzerte und Liederabende.

Ein Festival für Franz Schubert – ihm den gebührenden Platz neben Mozart und Beethoven einzuräumen, das war Idee und Zielsetzung der ersten Schubertiade,

die 1976 der Opernsänger Hermann Prey in Hohenems ins Leben gerufen hat. Damit avancierte die kleine Stadt im Vorarlberg zu einem der bekanntesten Festspielorte des Landes. Heute ist die Schubertiade mit rund 80 Veranstaltungen und 35.000 Besuchern jährlich das renommierteste Schubert-Festival welt-

weit. Nirgendwo sonst steht innerhalb kurzer Zeit eine derart große Anzahl von Liederabenden mit den besten Interpreten der Welt auf dem Programm. Kammerkonzerte und Klavierabende bilden einen weiteren Schwerpunkt.

Ergänzend zu den Konzerten lädt die Schubertiade auch zum Besuch des Schu-

bertiade-Quartiers in Hohenems, dessen Museen Franz Schubert, großen Interpreten aus dem Bereich der Klassischen Musik sowie der bedeutenden Kulturgeschichte von Hohenems und altem Handwerk gewidmet sind. Neben dem Franz-Schubert-Museum und einem Schubertiade-Museum finden sich in enger Nachbarschaft auch ein Museum über die aus der Provinz Posen stammende, große Opernsängerin Elisabeth Schwarzkopf sowie ein weiteres über ihren Ehemann Walter Legge, einem Schallplattenproduzenten. Im Letzteren ist darüber hinaus ein Raum dem Autor Stefan Zweig gewidmet. Noch mehr Literatur findet sich in einem Nibelungen-Museum, das nicht nur Richard Wagners Opern-Tetralogie zum Thema hat. So viel Kultur auf engstem Raum wie in Hohenems findet man selten. Und so viel Schubert erst recht nicht. H. Tews

● Schubertiade Schweizer Straße 1, A-6845 Hohenems, Telefon: 0043 / (0)5576-72091. Das vollständige Programm und Kartenbuchungen im Internet unter www.schubertiade.at



Ständchen für Besucher: Pausenunterhaltung bei der Schubertiade in Schwarzenberg

MELDUNGEN

Auf der Spur der Ahnen

Düsseldorf – Am 30. April beginnt im Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90 in Düsseldorf, die Ausstellung „Wir sind nicht Ahnenlos – 100 Jahre Familienforschung in der Region Düsseldorf“. Bis zum 27. Mai stellt sie anhand von Schautafeln den aktuellen Stand der Genealogie vor und gibt praktische Beispiele für eigene Schritte in die Welt der Ahnenforschung. Internet: www.g-h-h.de tws

Panorama von Brandenburg

Potsdam – Am 30. April öffnet das Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte am Neuen Markt 9 in Potsdam die Türen der „Brandenburg-Ausstellung“, der neuen Überblickspräsentation zur Landesgeschichte. Sie bietet eine Reise durch zehn Jahrhunderte Landesgeschichte. Internet: www.hbpg.de tws

SOPHIE IN BAYERN

Ex-Verlobte
Ludwigs II. und
Sisis Schwester

In Helmut Käutners Film „Ludwig II.“ von 1955 mit O.W. Fischer wurde sie verkörpert von Marianne Koch, in Luchino Viscontis „Ludwig II.“ von 1973 mit Helmut Berger von Sonia Petrovna und in Peter Sehrs und Marie Noëlles „Ludwig II.“ von 2012 mit Sabin Tambrea von Paula Beer. Die Rede ist von der zeitweiligen Verlobten des Märchenkönigs, Sophie in Bayern. Sie war die jüngste der vier Schwestern der österreichischen Kaiserin Elisabeth und das jüngste der elf Kinder des Herzogs Max Joseph in Bayern und dessen Ehefrau Herzogin Ludovika, in der berühmten Sissi-Trilogie dargestellt von Gustav Knuth und Magda Schneider.

Bekannt ist die Bayerin vor allem durch ihre Verlobung mit Ludwig II. Der König schätzte sie als wesensverwandte Freundin. Die Liebe zur Musik Richard Wagners wie zur Natur verband sie. Als Ludwig sich durch Ludovika, die auch ihre letzte Tochter von einem Mann versorgt wissen wollte, vor die Wahl gestellt sah, auf den Umgang mit Sophie zu verzichten oder sie zu heiraten, verlobte er sich 1867 mit ihr. Ludwig, dem homosexuelle Neigungen nachgesagt werden, löste die Verlobung jedoch noch im selben Jahr.

Sophie hatte sich da bereits in Edgar Hanfstaengl verliebt. Die Verlobungsfotos mit dem Bayernkönig hatten zu diversen Begegnungen mit dem Sohn des Fotografen Franz Hanfstaengl geführt. Die Hanfstaengls waren zwar in ihrem Beruf erfolgreich und angesehen, galten aber als Bürgerliche als nicht standesgemäß.

Währenddessen suchte Sophies Mutter eine standesgemäße Partie und arrangierte eine Ehe mit dem französischen Herzog Ferdinand von Alençon, immerhin ein Enkel des Bürgerkönigs Louis-Philippe. 1868 wurde geheiratet, und Sophie folgte ihrem französischen Mann in dessen englisches Exil. 1869 kam ihre gemeinsame Tochter Louise Victoire, drei Jahre später ihr Sohn Emmanuel zur Welt.

1886/87 verliebte sich Sophie in ihren verheirateten Arzt Franz Joseph Sebastian Glaser. Gegen alle gesellschaftlichen Konventionen wollte sie ihren Ehemann verlassen und Glaser heiraten. Ersterer aber kam ihr zuvor und ließ sie in das auf die Behandlung „sexueller Abartigkeiten“ spezialisierte Grazer Privatsanatorium Maria Grün einweisen. Sieben Monate später wurde sie als „geheilt“ entlassen. Eine Nichte konstatierte nun bei ihrer Tante ein „schönstes Einverständnis mit Onkel Alençon“. Ein knappes Jahrzehnt später starb Sophie in Paris bei der Brandkatastrophe vom 4. Mai 1897 im Bazar de la Charité. *Manuel Ruoff*



Vor 125 Jahren gestorben: Sophie



Der Schriftsteller mit den beiden Hauptdarstellern der Verfilmung des Romans „Ich denke oft an Piroschka“, der ihn bekannt machte: Hugo Hartung mit Liselotte (Lilo) Pulver und Gunnar Möller im Jahr 1955 (v.l.)

Foto: Ullstein

HUGO HARTUNG

„Piroschka“ und
„Wunderkinder“

Vor allem beliebt für das Heitere, kannte der erfolgreiche Schriftsteller auch nachdenkliche Töne und thematisierte immer wieder Schlesien. Vor 50 Jahren starb er in seiner Wahlheimat München

VON ERIK LOMMATZSCH

Das der Leser „heitere“ Erzählungen oder einen „heiteren“ Roman vor sich habe – darauf wies der Schriftsteller Hugo Hartung in einer Reihe seiner Werke durch einen Untertitel eigens hin. Bekannt wurde er mit „Ich denke oft an Piroschka“. In diesem 1954 erschienenen Roman verarbeitet Hartung eigene Eindrücke, die er 1923 in einem ungarischen Pustzendorf gesammelt hatte und dichtete reichlich hinzu.

Sein Alter Ego im Buch, der Student Andreas, denkt nach der Ankunft im Dorf vor allem an die Reisebekanntschaft Gerda. So hat es die 17-jährige, liebenswertdirekte Piroschka, die Tochter des Bahnhofsvorstehers, mit ihren Avancen zunächst schwer. Allerdings ist sie äußerst hartnäckig. Man findet sich, natürlich. Den unromantischen Andreas muss die junge Ungarin ab und zu in die Spur brin-

gen, etwa wenn sie ihn fragt, ob er auch das – nicht gespielte – Lied des Hirten höre. Auf sein „Nein“ reagiert sie mit dem sie selbst gut charakterisierenden Vorwurf: „Weil du immer nur hörst, was wirklich ist ...“

Das Ganze währt aber nur kurz. Hartung hat sich, wie schon am Anfang angekündigt, dafür entschieden, die leichte Sommererzählung abgeschlossen stehen zu lassen. Andreas sollte „seine“ Piroschka nach der Abreise nicht wiedersehen. Wehmütig jedoch erinnert er sich zeitlebens an sie, etwa, wenn er träumt, wie sie ihn immer bat, das Signal für die Züge zu setzen: „Kérem Andi! Mach Signal!“

Spiel mit Ungarn-Klischees

Beim Publikum kam die etwas dick aufgetragene Liebesgeschichte gut an. Hartung ließ kaum ein Ungarn-Klischee aus, angefangen mit dem für Fremde unaussprechbaren, tatsächlich existenten Ort der Handlung – Hódmezővásárhelykuta-

sispuszta – über die Gastfreundschaft bis hin zur Wiedergabe von Piroschkas akzentgefärbtem und sympathisch-fehlerhaftem Deutsch. Ein Roman aus einer anderen Zeit, in unserer politisch korrekten Gegenwart unvorstellbar. Das Buch erlebte zahlreiche Auflagen, bis zu Hartungs Tod wurden allein in Deutschland 1,6 Millionen Exemplare gedruckt. Wiederholt hat er den Stoff verwendet, so bereits 1949 für eine Hörspielversion, ein Jahr später für ein Hörspiel und 1958 noch einmal für ein Theaterstück. Auch am Drehbuch der 1955 realisierten Verfilmung wirkte er mit, in der die Schweizer Schauspielerinnen Liselotte Pulver die Rolle der Piroschka übernahm.

Der als Schriftsteller äußerst produktive und viel gelesene, von der Literaturwissenschaft aber bis heute weitgehend übersehene Hartung, der auch unter dem Pseudonym N. Dymion veröffentlichte, wurde am 17. September 1902 als Sohn eines Gaswerksdirektors im vogtländi-

schon Netzschkau geboren. Im Anschluss an seine Promotion über den Dichter Friedrich Huch war er ab 1928 Dramaturg und Schauspieler in München. Er schrieb unter anderem für die Satirezeitschrift „Simplicissimus“ und war Hörspielautor. 1936 erging ein Schreibverbot. Dennoch war es ihm möglich, weiter als Dramaturg zu arbeiten, zunächst am Staatstheater Oldenburg, ab 1940 an den Städtischen Bühnen Breslau.

Als – unausgebildeter – Soldat wurde Hartung am Ende des Krieges bei der Verteidigung der „Festung Breslau“ eingesetzt. Seine Erlebnisse hat er mehrfach verarbeitet. 1956 erschien „Schlesien 1944/45. Aufzeichnungen und Tagebücher“. Einleitend heißt es, 1944 sei das Leben in Schlesien „verhältnismäßig friedlich“, gewesen. „Um so spukhafter mag sich davon das Bild des Untergangs abheben.“ Bereits 1951 war der Roman „Der Himmel war unten“ erschienen, später mit der Titelerweiterung „Vom Kampf und Untergang Breslaus“. Traumatische Kriegserfahrungen thematisierte er auch in der Novelle „Die große belmontische Musik“.

Anpassung und Opportunismus

Nach sowjetischer Gefangenschaft kam Hartung über Thüringen und Potsdam nach West-Berlin, wo er ab 1950 lebte, 1960 siedelte er nach München über. Auf Schlesien, das ihm ein halbes Jahrzehnt Heimat war, kam der Schriftsteller immer wieder zurück, auch weit abseits des Krieges. Davon zeugen Bücher wie „Der Witz der Schlesier“ oder „Deutschland deine Schlesier. Rubezahl's unruhige Kinder“. Hier zeichnete er, so die werbende Ankündigung, „die kulturelle und geschichtliche Topographie dieses Landes nach, in dem die Weite des Ostens, barocke Lebensfülle und preußische Strenge eine glückliche Verbindung eingegangen sind“.

So manch einen Seitenhieb konnte sich Hartung nicht verkneifen. Etwa gegen die vielen im Unterschied zu ihm in der NS-Zeit angepassten Schriftstellerkollegen, wenn er zu Friedrich dem Großen und Adolf Hitler schrieb: „Propagandakompanien aus Dichtern hatte der Preußenkönig nicht, wie später jener Mann, der Schlesien wieder verspielte.“

Anpassung und Opportunismus sollte das große Thema seines neben „Piroschka“ bekanntesten Romans werden. In „Wir Wunderkinder. Der dennoch heitere Roman unseres Lebens“ von 1957 bekommt der Ich-Erzähler, der als Journalist arbeitet, den Auftrag, für eine illustrierte „möglichst frei“ die Tagebuchnotizen seines ehemaligen, nun verstorbenen Klassenkameraden Bruno Tiches zu veröffentlichen. Hartung zeichnet damit vom ausgehenden Kaiserreich bis in die 1950er Jahre hinein die Lebenswege der beiden Männer nach. Auf der einen Seite der unangepasste, aber keineswegs heldenhafte Ich-Erzähler, der nach 1933 unter Repressalien zu leiden hat, auf der anderen Seite Tiches, der prinzipienlos unter jedem System immer wieder nach vorn kommt. Als dieser nach dem Zweiten Weltkrieg, im letzten Teil des Buches, überlegt, „wieder politisch aktiv“ zu werden, notiert er: „Vor allem weiß ich noch nicht, in welcher Richtung.“

Hartung betrieb keine moralinsaure „Vergangenheitsbewältigung“, sondern führte, als überzeichnete Karikatur, einen Typus vor und fragte, ob „nicht aus der Sicht der Weltgeschichte“ am Ende „schließlich alles nur noch ein närrisches, belachenswertes Spiel“ sei. Die Tonlage wurde dankbar aufgenommen. Wie „Piroschka“, so wurde auch „Wir Wunderkinder“ verfilmt, allerdings vergleichsweise frei. Einprägsam war hier die von Wolfgang Neuss und Wolfgang Müller vorgebrachte Musik mit Ohrwurmpotential wie das „Lied vom Wirtschaftswunder“.

Hartung, der neben vielem anderen noch eine Art Fortsetzung zu den „Wunderkindern“ vorlegte, „Wir Meisegeiers“, starb am 2. Mai 1972 in München. 1982 gab seine Frau eine achtbändige Gesamtausgabe seiner Werke heraus.

VON MANUEL RUOFF

LIED DER DEUTSCHEN

Wie die Bundesrepublik zu ihrer Nationalhymne kam

Ein Schriftwechsel zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer und Bundespräsident Theodor Heuss brachte vor 70 Jahren die Entscheidung

Bei der Auswahl der Staatssymbole der Zweiten Republik wurden grundsätzlich Symbole der Ersten, der Weimarer wie der schwarz-rot-goldene Dreifarb oder der rot bewehrte Adler auf goldenem Grund positiv und solche des NS-Staates wie die Hakenkreuzflagge oder das Horst-Wessel-Lied negativ beurteilt. Zu einem Problem führte dieser nachvollziehbare Grundsatz, wenn ein Symbol wie das Deutschlandlied von beiden Staatsformen gleichermaßen benutzt worden war.

Kritik erregte an der von der Weimarer Republik eingeführten Nationalhymne insbesondere die erste Strophe. Zum einen reichte die junge Bundesrepublik weder von der Maas bis an die Memel noch von der Etsch bis an den Belt. Zum anderen waren die Worte „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt“ von der Feindpropaganda als Beweis angeführt worden, dass die Deutschen eine herausgehobene Stellung unter den anderen Nationen für sich beanspruchten.

Hymne Weimars und des NS-Staats

Dieser Kritik an der ersten Strophe versuchten Befürworter des Deutschlandliedes mit einer Betonung der dritten entgegenzukommen. Beispielsweise hatte sich der spätere rheinland-pfälzische Kultusminister Albert Finck bereits wenige Monate nach der Verkündung des Grundgesetzes, am 9. August 1949, in der Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ für diese dritte Strophe als provisorisches Bundeslied ausgesprochen und am Ende einer Wahlveranstaltung seiner CDU in Lindau die Anwesenden aufgefordert, gemeinsam die dritte Strophe zu singen.

Unter den Teilnehmern dieser Veranstaltung war neben Helmut Kohl auch Konrad Adenauer, der im darauffolgenden Jahr in Berlin analog vorging. Bei einer Großveranstaltung im Titania-Palast am 18. April 1950 forderte der Bundeskanzler die Anwesenden auf, gemeinsam die dritte Strophe zu singen.

Zwei Jahre später, mit Datum vom 29. April 1952, trug Bundeskanzler Konrad Adenauer Bundespräsident Theodor Heuss die „Bitte der Regierung“ vor, „das Hoffmann-Haydn'sche Lied als Nationalhymne anzuerkennen. Bei staatlichen

Veranstaltungen soll die dritte Strophe gesungen werden.“

Konzentration auf dritte Strophe

Der Adressat dieses Briefes war der prominenteste Gegner des Deutschlandliedes. Heuss bescheinigte dem dritten Vers zwar eine „echte und sinnvolle Würde“, doch eine Beschränkung auf ihn lehnte er mit der Begründung ab: „Ihn isoliert zu nehmen, wie manche vorschlagen, wird aber zu knapp.“

Deshalb hatte er bereits an dem Adenauers *Fait accompli* auf der Großveranstaltung im Titania-Palast folgenden 19. April 1950 durch sein Amt klarstellen lassen, dass das Absingen der dritten Strophe des Deutschlandliedes bei derartigen politischen Veranstaltungen keine Entscheidung in der Frage der Nationalhymne für die Bundesrepublik bedeutete. Vielmehr stehe diese Entscheidung nach deutschem Staatsrecht ihm zu.

Da ihm die dritte Strophe „zu knapp“ war, hätte Heuss die hinsichtlich ihrer musikalischen Qualität über jeden Zweifel erhabene Haydn-Melodie des Deutschlandliedes mit weiteren, neuen Strophen oder einem gänzlich neuen Text versehen können, so wie es beispielsweise Wladimir Putin mit der Sowjethymne getan hat. Doch auch dieses lehnte er ab mit der Begründung, dass die Folge ein „ewiger Sängerkampfstreit der stärkeren Stimmen“ zwischen den Anhängern des alten und des neuen Textes wäre.

Heuss wollte für die Hymnenfrage das, was er in der Flaggenfrage vor der Gründung der Bundesrepublik ebenso vehement wie beredt abgelehnt hatte: ein Kunstprodukt, eine Neuschöpfung aus der Retorte. Er wollte den Weg der DDR gehen mit einem neuen Text und

einer neuen Melodie und der Hoffnung, dass das Volk damit schon warm würde.

Er orderte bei dem evangelischen Kirchenlieddichter Rudolf Alexander Schröder einen Text und bat Carl Orff, diesen zu vertonen. Der Musikpädagoge und Komponist der „Carmina Burana“ antwortete sehr treffend. Er wies darauf hin, dass der Schröder-Text mit einer Nationalhymne so viel gemein habe wie eine Konzertarie mit einem Volkslied und es ihm schwer scheinete, diesen „irgend geeignet zu vertonen“. Ihm zumindest scheinete „diese Aufgabe unmöglich“. Er schlug vor, Schröders Text zu verwerfen, und verwies ansonsten auf seinen Frankfurter Kollegen Hermann Reutter als einen „ausgezeichneten, mit hymnischer Ausdruckskraft begabten Musiker“.

Orff war klug genug zu wissen, wie schwer es war, mehr oder weniger auf Knopfdruck eine Melodie zu komponieren, die es mit jener Haydns aufnehmen konnte. Er warf deshalb vorsichtig die Frage auf, ob „sich nicht in unserer unsterblichen Klassik (Mozart oder Beethoven) ein Satz fände, der neben Haydn standhielte“.

Die „Hymne an Deutschland“ floppt

Heuss hielt jedoch am Schröder-Text fest und beauftragte Reutter mit der Vertonung. Das Ergebnis war ein Stück, mehr Choral denn Nationalgesang. Am 31. Dezember 1950 ließ er die „Hymne an Deutschland“, so der Titel, seinem Volk im Anschluss an seine Silvesteransprache durch den Rundfunk präsentieren. Der Funke sprang nicht über.

Der erfahrene Politiker der Weimarer Republik Carl Severing brachte es in seinem Schreiben an Heuss vom 8. Januar 1951 auf den Punkt, wenn er die Melodie

als zu wenig lebhaft, warm und packend kritisierte und anschließend im Grunde in dieselbe Kerbe wie Orff haute: „Dem Professor Heuss brauche ich nicht zu erzählen, dass man dramatische und lyrische Werke in der Tat ‚auf Bestellung‘ schreiben kann und dass nicht alle ‚bestellten‘ Werke minderwertig zu sein brauchen. Aber eine Nationalhymne, die in das Volksbewusstsein eindringen soll, stellt höhere Anforderungen als zum Beispiel eine Festaufführung zur Einweihung des Suezkanals.“

„Anerkennung des Tatbestandes“

Deeskalierend wirkte, dass Heuss bereits in seiner Silvesteransprache erklärt hatte, dass das letzte Wort über das Lied noch nicht gesprochen sei, „da dies den Vorwurf des ‚Anbefohlenseins‘ mit sich bringen könnte“. So konnte er gesichtswahrend von seinem Alternativvorschlag zum Deutschlandlied abrücken, den Zeitgenossen nicht ganz unzutreffend als „schwäbisch-protestantischen Nationalchoral“ und „Theos Nachtlied“ verspotteten.

Damit hatte die Bundesrepublik aber immer noch keine Nationalhymne. Als das Fehlen einer solchen Hymne für die Bundesrepublik auf internationalem Parkett zu immer kurioseren Peinlichkeiten führte, trat der Regierungschef schließlich vor 70 Jahren mit der obengenannten „Bitte der Regierung“ an den Staatschef.

Drei Tage später antwortete Heuss Adenauer: „Da ich kein Freund von pathetischen Dramatisierungen bin und mit mir selbst im reinen bleiben will, muss ich nach meiner Natur auf eine ‚feierliche Proklamation‘ verzichten. Wenn ich also der Bitte der Bundesregierung nachkomme, so geschieht das in der Anerkennung des Tatbestandes.“

KARL LUDWIG NESSLER

Ein Deutscher erfand die Dauerwelle

Nicht jeder steht auf glattes Haar, und nicht jedem ist welliges, krauses Haar von der Natur gegeben. Und so begann der Mensch schon früh in seiner Geschichte, glattes in welliges, krauses Haar zu verwandeln. Dieses geschah anfänglich in der Regel mittels Hitze. Allerdings war der Erfolg, die Umformung nicht von langer Dauer.

Karl Ludwig Nessler nun kombinierte die thermische Behandlung des Haares mit einer chemischen. Er wickelte die Haare strähnchenweise um



FOTO: LOUIS CALVETE

Frau mit Dauerwelle

Stäbe, tränkte sie mit einer alkalischen Lösung und umgab sie dann mit einer erhitzten Hülse. Der Vorteil war, dass die erfolgte Wellung des Haares von längerer Dauer war. Damit hatte Nessler die Dauerwelle erfunden.

Angeblich bewegte die Problematik den vor 150 Jahren, am 2. Mai 1872, im badischen Todtnau zur Welt gekommenen Schustersohn bereits als Kind. Beim Hüten von Schafen fiel ihm auf, dass die Tiere hatten, was viele Menschen begehrten: gelockte Haare.

Eine Lehre bei einem Dorfbarbier unweit seines Heimatortes brach er ab. Ihn zog es zur Berufsausbildung in die Welt hinaus. In Paris erlernte er die damals gängige Form der Haarverformung mittels Hitze. Außerdem lernte er dort seine spätere Ehefrau Katharina Laible kennen, die ihn an ihren Haaren herumexperimentieren ließ.

1900 eröffnete er in London ein eigenes Geschäft. Dort verkaufte er zunächst von ihm entwickelte künstliche Augenbrauen und Wimpern. Ab 1906 kamen dann Apparaturen für die von ihm entwickelte Herstellung von Dauerwellen hinzu, die er kontinuierlich optimierte.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges führte zwar zum Einzug seines Vermögens und seiner Internierung, doch gelang ihm 1915 die Flucht in die USA. Dort konnte er mit optimierten Versionen seiner Erfindung an den Erfolg in England anknüpfen. Er nahm die US-amerikanische Staatsbürgerschaft an und baute ein Imperium aus Friseurgeschäften, Produktionsanlagen und Vertriebsorganisationen mit schließlich rund 500 Mitarbeitern auf.

1928 verkaufte Nessler sein Imperium samt Patenten und legte den Verkaufserlös größtenteils in Aktien an, die in der Weltwirtschaftskrise einen Großteil ihres Wertes verloren. Nessler betätigte sich dann zwar wieder als Erfinder, aber diesmal erfolglos. Sein sogenannter Cha-Ness-Apparat zur Bekämpfung des menschlichen Alterungsprozesses floppte. Der Deutsch-Amerikaner starb am 22. Januar 1951 in Harrington Park, New Jersey. M.R.



Der Staatschef folgte schließlich der Bitte seines Regierungschefs: Bundespräsident Theodor Heuss und Bundeskanzler Konrad Adenauer (von rechts)

Foto: pa

VON WOLFGANG KAUFMANN

Angesichts der zunehmenden Lücken in den Supermarkregalen und der stetig steigenden Preise für die Nahrungsmittel, so sie überhaupt noch erhältlich sind, schimpfen viele Leute auf Putin und seinen Krieg: Gäbe es die Kämpfe in der Ukraine nicht, dann herrschten auch kein Mangel und keine Teuerung.

Und tatsächlich ergeben sich natürlich Auswirkungen, wenn gleich zwei große Agrarexporteure einen immer mehr eskalierenden bewaffneten Konflikt austragen, nachdem russische Truppen in das Nachbarland einfielen. So lieferten Russland und die Ukraine bislang rund 100 Millionen Tonnen Weizen ins Ausland – das waren immerhin 14 Prozent des weltweiten Handelsvolumens bei dieser wichtigen Getreideart.

Im laufenden Jahr wird die Ukraine aber nun wohl nur noch acht Millionen Tonnen zur Verfügung stellen können, was einerseits an den kriegsbedingten Produktionsausfällen in Höhe von vermutlich bis zu 40 Millionen Tonnen und andererseits an Transportproblemen liegt. Durch die russische Blockade der ukrainischen Schwarzmeerhäfen muss der Export auf dem Landweg mit seinen zahlreichen Nadelöhren erfolgen. Ebenso dürfte der russische Weizen angesichts der Embargos gegen den Aggressor Moskau nur in eingeschränktem Umfang auf den Markt gelangen. In Erwartung dieser Lieferausfälle stieg der weltweite Weizenpreis bereits im ersten Monat des Ukrainekrieges um mehr als 25 Prozent, wobei viele Experten mit einer weiteren Verteuerung um nochmals 50 Prozent rechnen.

Ein zweiter „Arabischer Frühling“?

Das wird Folgen haben, welche über das, was auf den deutschen Verbraucher zukommt, weit hinausgehen. Einige hundert Millionen Menschen auf der Erde geben bereits jetzt die reichliche Hälfte ihres schmalen Budgets für Nahrungsmittel aus, so beispielsweise in Bangladesch, Ghana, Äthiopien und Afghanistan. Hier ist kein Spielraum für weitere Preiserhöhungen, die nicht zuletzt dadurch entstehen, dass die reicheren Länder bereit sind, mehr für das knapper gewordene Angebot zu zahlen, um die Versorgung ihrer Bevölkerung zu sichern oder gar überdimensionierte Vorratslager anzulegen wie die Volksrepublik China.

Somit drohen blutige Unruhen, welche zur Destabilisierung ganzer Regionen und neuen Wanderungsströmen führen könnten. Immerhin resultierte auch der sogenannte Arabische Frühling, der ab 2011 sieben der neun großen Getreideexporteure im Nahen Osten und Nordafrika



Weizenerte vernichtet: Überflutete Landschaft im ostaustralischen Queensland nach den heftigen Niederschlägen des vergangenen Novembers

Foto: imago images/AAP

ERNÄHRUNG

Der Welt droht eine Nahrungsknappheit epischen Ausmaßes

Lockdowns, Energiepreis-Explosion, Ukrainekrieg, Dürren, Überschwemmungen und staatliche erzwungene Ökobrachen: Ein ganzes Bündel von Störungen erschüttert den globalen Agrarmarkt

ins Chaos stürzte, aus einem Anstieg der Preise für das Grundnahrungsmittel Brot.

Andererseits ist der Ukrainekrieg aber keineswegs die einzige Ursache für die weltweite Nahrungsmittelkrise, die immer schärfere Formen anzunehmen droht. Da wäre auch der desolate Zustand der globalen Lieferketten infolge der Corona-Pandemie (siehe Seite 7). So fehlen Transportkapazitäten, um die Agrarprodukte zu den Konsumenten zu bringen. Außerdem gab es schon vor der russischen Invasion Engpässe auf dem internationalen Getreidemarkt. Diese resultierten aus Dürren beziehungsweise Überschwemmungen.

Beispielsweise sind in Ostafrika bereits drei Regenzeiten mehr oder weniger komplett ausgefallen, weswegen sich das Ackerland dort in Staub verwandelt und das Welternährungsprogramm der Ver-

einten Nationen (WFP) vor einer gewaltigen Hungerkatastrophe warnt. Dahingegen erlebte der Osten Australiens im November 2021 zu viele Niederschläge, wodurch eine der potentiell besten Weizenerten der vergangenen Jahre der Vernichtung anheimfiel.

Exportstopp kommt noch dazu

Viele weitere Probleme sind hingegen vom Menschen gemacht. Weltweit wird inzwischen mehr als ein Achtel der angebauten Nutzpflanzen für die Herstellung von Bioethanol oder Biodiesel verwendet, wie Sebastian Lakner, Professor für Agrarökonomie an der Universität Rostock, ermittelt hat. Dabei könnten die jeweiligen Gesetzgeber im Handumdrehen dafür sorgen, dass die Zweckentfremdung von Getreide und Mais aufhört und diese landwirtschaftlichen Produkte wieder

komplett der Ernährung der Bevölkerung dienen.

Desgleichen gilt auch der steigende Verzehr von Fleisch als Ursache für die Knappheit pflanzlicher Lebensmittel, weil für die Mast unter anderem Getreideschrot verwendet wird. Allerdings fressen die Tiere zugleich vieles, was der Mensch nicht verwerten kann. Zudem hat Fleisch eine hohe Kaloriendichte und ersetzt dadurch etliche andere Nahrungsmittel.

Ansonsten galt es in der Europäischen Union lange als kluge Entscheidung, Bauern Subventionen zu zahlen, damit diese einen Teil ihrer Äcker brach liegen ließen. Hier ist es mittlerweile zu einem Umdenken gekommen, jedoch verschärft die sukzessive Wiedervergrößerung der landwirtschaftlichen Nutzfläche nun ein anderes Problem, welches für die bereits vor-

dem Krieg in der Ukraine ausgebrochene Nahrungsmittelkrise mitverantwortlich ist: Dünger gehört jetzt ebenfalls zu den knappen Gütern. Das wiederum resultiert vor allem aus den schon des Längerem steigenden Energiekosten, die insbesondere bei der Produktion von Ammoniak für nitrathaltige Düngemittel zu Buche schlagen. So drosselte das norwegische Unternehmen Yara, immerhin der zweitgrößte Ammoniak-Hersteller der Welt, im September 2021 seine Kapazitäten um 40 Prozent, um Gas zu sparen.

Bei Phosphat- und Kalidünger gestaltet sich dahingegen der Transport zunehmend schwierig. Infolgedessen liegen die Preise für Dünger aller Art jetzt beim Drei- bis Vierfachen des Niveaus von 2019, wobei der russische Exportstopp vom 10. März den bereits vorhandenen Mangel zusätzlich verschärft hat.

UKRAINEKRIEG

Das Modell Mehrvölkerstaat erneut in der Krise

Die ethnische Zerrissenheit der Ukraine hat wesentlich zur Eskalation des Konflikts beigetragen

Wenn professionelle Beobachter des Ukrainekriegs Vergleiche mit früheren Konflikten ziehen, dann nennen sie recht häufig das Beispiel der Jugoslawienkriege der 1990er Jahre. Mal geht es dabei darum, die Behauptung richtigzustellen, der Krieg in der Ukraine sei der erste Krieg in Europa seit 1945. Mal geht es um die staatliche Anerkennung des von Serbien abgespaltenen Kosovo als Vorbild für die Separationsbestrebungen in der Ostukraine.

Bemerkenswert spielt in den Betrachtungen eine Rolle, dass nach den untergegangenen Mehrvölkerstaaten Jugoslawien und Tschechoslowakei nun mit der Ukraine erneut ein Staatsgebilde um seine Existenz ringt, dessen Bewohner offenbar längst nicht alle eine gemeinsame nationale Identität ein.

Im Rückblick als sehr hellsichtige Diagnose haben sich die Überlegungen zur Ukraine erwiesen, die Samuel Huntington schon 1996 in seinem Buch „Kampf der Kulturen“ publizierte. In einem Kapitel zur Ukraine beschrieb der amerikanische Historiker das Land als ein zerrissenes – mit einer kulturellen und religiösen Bruchlinie zwischen Regionen, die historisch römisch-katholisch und christlich-orthodox geprägt seien. Als wahrscheinlichstes Szenario für die Zukunft sagte Huntington eine Trennung in eine Ost- und eine Westukraine voraus.

Ethnisch ist die Situation in der Ukraine allerdings noch differenzierter. Eine offizielle Volkszählung im Jahr 2001 ergab zwar, dass mit einem Anteil von 77,8 Prozent die Ukrainer die größte Bevölkerungs-

gruppe bildeten, mit mehr als 17 Prozent stellten Russen den zweitgrößten Anteil an der Bevölkerung. Dazu zählten die Statistiker noch Dutzende weitere Ethnien, darunter als größere Volksgruppen Rumänen, Weißrussen, Krimtataren, Bulgaren, Ungarn und Polen.

Spaltung statt Brücke

Bereits im Mai 2014, also nur wenige Monate nach dem Maidan-Umsturz, hatte der Journalist Andreas Plecko im „Wall Street Journal“ die Entwicklung des untergegangenen Vielvölkerstaats Jugoslawien mit der der Ukraine verglichen und dabei einen starken Unterschied festgestellt: „Im Fall Jugoslawiens trug die Aussicht auf einen EU-Betritt zum Ende des Konflikts bei“, so Plecko. „Aber im Fall

der Ukraine hat die gleiche Aussicht den vor sich hin köchelnden Konflikt erst zum Sieden gebracht.“

Ähnlich pessimistisch wie schon Jahre zuvor Huntington wies Plecko auf die Gefahr hin, dass die Ukraine „den fatalen Weg Jugoslawiens“ gehen könnte. Plecko empfahl in seinem Essay, die Ukraine solle mit ihrer Doppelidentität „zu einer Brücke zwischen Westeuropa und Russland werden“.

Verfolgt haben die Regierungen in Kiew und die EU-Kommission allerdings das Konzept einer kompromisslosen Westbindung. Angesichts der Ost-West-Spaltung der Gesellschaft hätte eigentlich allen politische Verantwortlichen klar sein müssen, dass allein schon der Versuch, die Ukraine zum Vollmitglied von

EU und NATO zu machen, ein extrem schwieriges Unterfangen darstellt. Anstatt etwa nach dem Vorbild der Schweiz eine Balance zwischen den Volksgruppen zu probieren, haben die seit 2014 in Kiew amtierenden Regierungen obendrein versucht, parallel zur Westorientierung über geänderte Sprachengesetze auch noch eine Ukrainisierung des ethnisch so vielfältigen Landes zu forcieren.

Deutliche Kritik daran war aus Russland, Ungarn und Rumänien zu hören, allerdings nicht von der EU-Kommission oder hiesigen politischen Parteien, die sonst regelmäßige Überwindung des Nationalstaats und multikulturelle Vielfalt als wichtige Politikziele nennen.

Norman Hanert



ALLENSTEIN

Bürger setzten den Bau eines neuen Parks durch

Zwischen den großen Wohnanlagen im Süden der Stadt entstehen Rückhaltebecken und großzügige Grünflächen

VON DAWID KAZANSKI

Die Bewohner der südlichen Wohnsiedlungen von Allenstein hatten schon seit Langem die Schaffung einer großen Grünfläche in ihrem Viertel gefordert, und so entstand die Initiative, ungenutzte, sumpfige Flächen zwischen den großen Schlafstädten zu Erholungsgebieten umzugestalten.

Eine günstige Gelegenheit ergab sich schließlich, als die Stadt mit dem Bau von Rückhaltebecken begann, darunter je eines an der Sikorskiego-Allee und der Paukszy-Strasse. Im Rahmen des Allensteiner Bürgerbudgets, das eine Bürgerbeteiligung für Bauprojekte vorsieht, reichten die Bewohner ihren Vorschlag für eine Grünanlage ein. Als die Abstimmungsphase des Bürgerhaushalts zu Ende ging, stellte sich heraus, dass das Projekt der Stadtratsmitglieder Pawel Klonowski und Lukasz Lukaszewski mit 9493 Stimmen den ersten Platz belegen konnte.

Im Rahmen des Bürgerbudgets

Der Bau der Staubecken in der direkten Nähe von Sikorskiego-Allee und Paukszy-Strasse ist Teil eines Projekts zur Regenwasserbewirtschaftung in Allenstein. Während der Durchführung der von der EU finanzierten Maßnahme wurden sechs neue Stauseen angelegt und zwei umgebaut. Die Einrichtung eines Rückhaltebeckens (mit einem Fassungsvermögen von mehr als 38.000 Kubikmetern) sowie sein Ausbau waren der erste Schritt zur Schaf-



Noch wirkt der neue Park etwas kahl: Rückhaltebecken mit neu angelegten Flächen im Süden Allensteins

Foto: D.K.

fung der Grünflächen zwischen den Wohnvierteln Nagórki und Jaroty.

Durch das Staubecken, das sich derzeit noch im Bau befindet, wird es in diesem Gebiet keine lokalen Überschwemmungen mehr geben, und das Mikroklima in der Stadt wird sich verbessern. Das Wasser, das sich in dem Reservoir sammelt, kann im Bedarfsfall auch von der Feuerwehr genutzt werden. Es wird zudem von Straßenbauarbeitern zur Bewäs-

serung der städtischen Grünanlagen und zur Reinigung der Straßen und Gehwege verwendet.

Bäume entlang der Straßenbahn

Die Stadt hat außerdem beschlossen, als Ausgleich für die Baumfällungen im Zuge der neuen Straßenbahnlinie zahlreiche Bäume zu pflanzen. Es wurde entschieden, 145 Laubbäume, fünf Nadelbäume, 6338 Laubsträucher, 441 Nadelsträucher

und 3570 Quadratmeter Blumenbeete mit Stauden zu pflanzen. So veränderte sich das bisherige Brachland praktisch jeden Tag. Ein Bauunternehmen errichtete die notwendige Infrastruktur und fing schließlich damit an, Fußgänger- und Radwege anzulegen sowie – zur Freude der Anwohner – die Begrünung zu vervollständigen.

Derzeit kann man bereits einige Spazier- und Radwege nutzen, ebenso wie

Bänke und die sogenannte intelligente Beleuchtung, die nur dann leuchtet, wenn sich jemand nähert, und so Energie spart. Die Jüngsten können den mit Schaukeln, Rutschen und Klettergerüsten ausgestatteten Spielplatz nutzen. Es gibt auch Grillanlagen und Mülltonnen.

Jetzt schon viele Besucher

Der Park ist sehr reizvoll und wird täglich von immer mehr Menschen besucht. „Dies ist eine weitere, lang ersehnte Grünfläche in unserer Stadt, die sicherlich zu einer der beliebtesten wird,“ stellte Stadtpräsident Piotr Grzymowicz fest.

Noch in diesem Jahr wird ein weiterer Teil des Parks entstehen. Es ist geplant, eine zusätzliche Beleuchtung zu installieren sowie den Fußgänger- und Radweg auf eine Länge von etwa 220 Metern zu erweitern. Geplant sind außerdem die Anpflanzung von weiteren 150 Bäumen sowie die Aufstellung weiterer Mülleimer und Bänke. Dadurch wird der außergewöhnliche Park auch von der anderen Seite, von der Turowskiego-Strasse, zugänglich.

Wie die Ideengeber des Projekts betonen, ist die Einrichtung des jetzigen Parks erst der Anfang. „Wir möchten, dass das, was hier geschaffen wurde, nur eine Basis für die weitere Entwicklung dieses Gebiets ist. Wir wollen zusätzliche EU-Mittel erhalten, die es uns ermöglichen würden, den Park weiter auszubauen und mit neuen Attraktionen auszustatten. Wir sind für alle Vorschläge offen“, so Lukaszewski.

SOZIALPROJEKTE

Spendenaufruf für die Bruderhilfe

Die Not der deutschen Landsleute in Ostpreußen geht uns alle an – helfen Sie jetzt!

Liebe Leser der Preußischen Allgemeinen Zeitung, liebe Landsleute und Freunde Ostpreußens,

seit mehr als siebenzig Jahren unterstützt die Bruderhilfe bedürftige deutsche Landsleute in Ostpreußen. Mit Ihrer Hilfe konnten wir in dieser Zeit gemeinsam viel Gutes bewirken und manche bittere Not lindern. 2022 soll die humanitäre Betreuung der Deutschen Volksgruppe, die dringend erforderliche Unterstützung für unsere Landsleute in der dreigeteilten Heimat, fortgesetzt werden. Aus diesem Grunde wende ich mich auch heute wieder mit einem Aufruf für die Bruderhilfe an Sie.

Das südliche Ostpreußen und das Memelland gehören mittlerweile seit fast 20 Jahren zur Europäischen Union. Trotzdem ist das Leid vieler Menschen, gerade auch in den ländlichen Gebieten, noch immer sehr groß: hohe Arbeitslosigkeit, schlechte medizinische Versorgung und Altersarmut prägen den Alltag. In Zeiten stark ansteigender Preise bewegen sich die Renten nahezu unverändert auf einem sehr niedrigen Niveau, vielfach unterhalb des Existenzminimums. Immer wieder gehen daher Hilferufe von bedürftigen Landsleuten bei uns ein. Viel dramatischer ist die Lage

der russlanddeutschen Bevölkerung im Königsberger Gebiet, der es oft an einfachsten Dingen fehlt, die für uns selbstverständlich sind. Brennstoffe, Lebensmittel und notwendige Medikamente sind sehr teuer geworden, die Wege zum nächsten Arzt meist weit. Ein besonderes Augenmerk der Landsmannschaft Ostpreußen gilt den „Wolfskindern“, die am Ende des Zweiten Weltkrieges von ihren Familien getrennt worden sind. Viele von ihnen wurden von Litauern aufgenommen; etliche verloren ihre deutsche Identität. Erst zu Beginn der 1990er Jahre konnten sie sich im Verein „Edelweiß-Wolfskinder“ zusammenfinden. Materielle Hilfe und ideeller Beistand haben hier einen ganz besonderen Stellenwert. Wir versuchen allen in der Heimat lebenden Landsleuten eine Perspektive und neue Hoffnung zu geben.

In Zeiten der Coronapandemie und der großen Flüchtlingsströme aus Afrika, dem Nahen Osten und der Ukraine wird die Situation der Deutschen in Ostpreußen von unseren Medien nicht mehr wahrgenommen. Ihre Not ist daher einer breiten Öffentlichkeit nicht bekannt. Unser Ziel muss es sein, den deutschen Landsleuten das Gefühl zu geben, dass sie nicht vergessen sind. Die Heimatkreiskommunikation der Landsmann-



Wenn Sie helfen möchten, überweisen Sie Ihre Zuwendung bitte auf das Konto der Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e.V. bei der Commerzbank AG, IBAN: DE03 2004 0000 0630 2871 00, BIC: COBADEFFXXX

Kontakt: Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e.V., Peter Wenzel, Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel. 040-414008-25, Fax 040-414008-19, wenzel@ostpreussen.de

schaft Ostpreußen und ihre ehrenamtlichen Helfer gewährleisten, dass Ihre Spende direkt und ohne bürokratischen Aufwand bei den Arbeitslosen, den Alten, Kranken und Behinderten, den Notleidenden und den kinderreichen Familien ankommt.

Ich bitte Sie daher heute persönlich: Helfen Sie durch Ihren Beitrag mit, dass wir unsere humanitäre grenzüberschreitende Arbeit weiter fortsetzen und armen Landsleuten zu mehr Lebensqualität verhelfen können. Jede noch so kleine Spende hilft. Jedes Vermächtnis liefert einen wichtigen Beitrag, ist eine Brücke der Menschlichkeit in die ostpreußische Heimat. Deutsche helfen Deutschen, Ostpreußen unterstützen heimatverbliebene Ostpreußen.

Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Wir geben Ostpreußen Zukunft.

Stephan Grigat
Rechtsanwalt und Notar, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen

FOTO: OSTPREUSSEN.NET

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

re zur Zeit der slawischen Landnahme im 8. und 9. Jahrhundert, Obotriten, die in Mecklenburg residierten und Slawen die zeitweiligen Herrscher der damaligen Halbinsel Wagriens waren.

In der Zeit des 11. Jahrhunderts lebte und regierte in Starigard der slawische Fürst Kruto. In dieser Zeit wuchs Oldenburg, insbesondere durch die große Anzahl von Slawen, zur bedeutenden Seehandelsstadt an, die mit ihren Schiffen den Fernhandel im südwestlichen Ostseeraum beherrschte. Sie war schon Handelsmetropole für den Ostseeraum, bevor die Städte Lübeck, Kiel und Kopenhagen entstanden. Wegen der eintretenden Versandung der Oldenburger Häfen, ließ der Anführer der Slawen, Fürst Kruto, auf der bis dahin unbewohnten Stadinsel Lübecks, eine große Handelsniederlassung gründen, was zum Niedergang Oldenburgs führte zum Aufstieg von Lübeck. Unter Kruto und seiner bildhübschen Frau Slawina, entstand so ein bedeutendes Reich, dass sich von der Nordsee bis zur Insel Rügen erstreckte.

Die slawische Bevölkerung Wagriens kämpfte annähernd 400 Jahre um den Fortbestand ihres heidnischen Glaubens und widerstand der Christianisierung. Erst der „Ausrottungsfeldzug“ Heinrichs der Löwe gegen die aufständischen Slawen führte zum Zusammenbruch des Widerstandes und mit der Christianisierung zum Bau der ersten Backsteinkirche Nordeuropas in Oldenburg. Damit endete der Vortrag. Der Vor-

sitzende dankte dem Autor mit einer kleinen Aufmerksamkeit und schloss die Veranstaltung mit dem Ostpreußenlied. Hans - A. Eckloff

Monatstreffen

Burg auf Fehmarn - Dienstag, 10. Mai, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Manfred Lietzow aus Pansdorf hält am letzten Treffen vor der Sommerpause bei der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ einen Dia-Vortrag über Litauen - Lettland - Estland. Gäste sind herzlich willkommen. Wir bitten um Anmeldung bis zum 5. Mai unter Telefon (04371) 2242 oder (04371) 2969.

Jahreshauptversammlung

Burg auf Fehmarn - Der Vorsitzende der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ Burg auf Fehmarn Jochen Gawehns begrüßte auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung Mitglieder im Haus im Stadtpark sowie als Gäste den Landesvorsitzenden und Kulturreferenten der LO Edmund Ferner und den Vorsitzenden der LO Edwin Falk aus Eutin. Wie Gawehns mitteilte, hat er, Corona bedingt, in den letzten zwei Jahren nur an wenigen Veranstaltungen teilgenommen, ebenso die Kulturreferentin Ina Naujok als Veranstaltungsleiterin der monatlichen Treffs.

Der Landesvorsitzende Ferner teilte der Versammlung mit, dass es in Schleswig - Holstein noch 14 Ortsverbände der Landsmannschaft gebe. Weiter berichtigte er über die Eröffnung der ständigen Ausstellung des Dokumentations-

zentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, im Sommer 2021 im denkmalgeschützten Berliner Deutschlandhaus.

Bei den anstehenden Wahlen des gesamten Vorstandes für zwei weitere Jahre wurden in offener Abstimmung einstimmig der 1. Vorsitzende Jochen Gawehns, Kassenführerin Sigrid Pieper, Schriftführerin Brigitte Christensen, Kulturreferentin Ina Naujok, Beisitzerin Hella Jördens von der Versammlung bestätigt.

Da die stellvertretende 1. Vorsitzende Ingelore Spaecht ihren Posten nach 12-jähriger Tätigkeit niederlegte, bleibt die Stelle bis auf weiteres vakant. Sie erhielt von der Landsmannschaft, neben einem Geschenk, einen wunderschönen Rosenstrauß, der Vorsitzende fand Dankes- und Lobesworte für ihre vorbildliche Arbeit, die sie mit viel Herzblut gegenüber dem Verein geleistet hat.

Schriftführerin Christensen stellte den diesjährigen Ausflug vor, der in den Kreis OH und in die Holsteinische Schweiz gehen soll.

Brigitte Christensen

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg -Donnerstag, 5. Mai, 11.30 Uhr, TSB-Heim, Eckener Straße: Spargelessen. Anmeldung bitte acht Tage vorher bei Herrn Legies oder Frau Kunde.

PAZ wirkt!

Dittchenbühne

„...und die Großen lässt man laufen“ ist das neue Stück von Raimar Neufeldt, das am 29. April an der Elmschörner „Dittchenbühne“ Premiere hat. Karten unter Telefon (04121) 89710.

Raimar Neufeldt: „Die Großen sind Generäle wie Gehlen, der in den letzten Wochen des Zweiten Weltkrieges noch als Leiter der Hieresgruppe Ost für Hitler-Deutschland die Spionage gegen die Sowjetunion leitete – und dabei schon plante, mit seinem Wissen und seinen Unterlagen zu den USA überzulaufen. Von der amerikanischen Zone in Bayern aus leitete er dann mit seiner „Organisation Gehlen“, einen deutschen Auslandsgeheimdienst, der später zum Bundesnachrichtendienst wurde.“ Die „Masurische Befreiungsarmee“, bestehend aus Jugendlichen, wurde dem Sprichwort nach gehängt.



„... und die Großen lässt man laufen“: US-General Sibert beim Verhör von Gehlen, Wessel und Baun

Ostpreußisches Landesmuseum

Porträts und ihre Geschichte Sonntag, 1. Mai, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: Öffentliche Sonntagsführung mit Gisela Aye.

Personenbilder und Porträts spielen in der Kunstgeschichte eine wichtige Rolle. Das Ostpreußische Landesmuseum mit



Friedrich Ohm: gemalt von Lovis Corinth, Leinwand/Öl, 1900



Deutschbaltischer Abteilung verfügt über einige aussagekräftige Darstellungen zu dieser Thematik aus unterschiedlicher Entstehungszeit, die es lohnt, genauer zu betrachten und unter unterschiedlichen Aspekten zu diskutieren. Jede Kunststepoch beeinflusste die Darstellung von Porträts. Was macht Porträtkunst aus? Wie verstanden es ostpreußische und baltische Maler ihre Mitmenschen abzubilden? Dieser „Faszination Porträt“ widmet sich Gisela Aye in ihrer Führung durch die Dauer-ausstellung.

Aufgrund der begrenzten Teilnehmerzahl ist eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich. Während der Führung muss eine FFP2-Maske getragen werden.

Freunde Masurens e.V.

30. Juli bis 9. August: Masuren-Studienfahrt des Vereins Freunde Masurens. Neben Besichtigungen verschiedener Städte wie Bromberg und Danzig wird auch die Wallfahrtskirche Heilige Linde besucht. Es wird unter anderem eine Stakerfahrt auf der Krutinna geben, eine Kutsch- und eine Schifffahrt. Die „Internationalen

Musiktage in Warpuhnen“ sind der Höhepunkt der Reise. Persönliche Ausflüge sowie Kontakte zur Deutschen Minderheit und zur polnischen Bevölkerung werden möglich sein. Weitere Informationen finden Sie unter www.freunde-masurens.de/masurenreise/ oder unter Telefon (0151) 58580678 bei Kerstin Harms.

Rätsel

A collection of crossword puzzles including 'Sudoku', 'Diagonalrätsel', 'Kreiskette', and 'So ist's richtig' with various clues and a grid.

Sudoku

A 9x9 Sudoku grid with some numbers already filled in, ready for a puzzle-solving challenge.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

A crossword puzzle grid with numbered squares for words, part of a 'Diagonalrätsel' challenge.

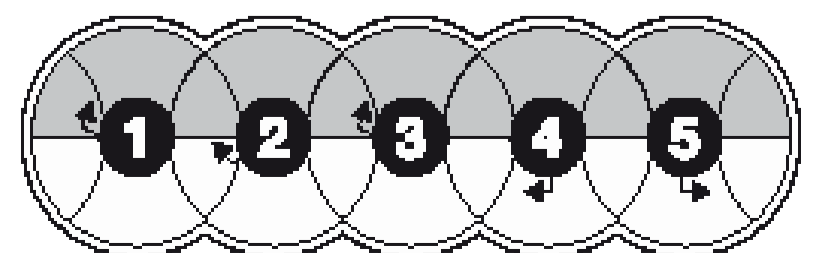
Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gemütsbewegungen. 1 seelischer Schock, 2 Unterkante des Daches, 3 Zeichenkunst, 4 Lenkvorrichtung, 5 Hahnenfußgewächs, 6 Rennpferd

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeelfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine schwingende Membran im Ohr.

1 starkes Schiffstau, 2 Jahreszeit, 3 Kürbisgewächs, 4 Rasensportler, 5 Teil des Essservices



LEPRAHEIM MEMEL

Wie Preußen die Lepra-Welle bekämpfte

Neben Robert Koch kamen mehrere Wissenschaftler zu dem Schluss, dass die Kranken isoliert werden müssten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Lepra ist eine der ältesten bekannten bakteriell bedingten Infektionskrankheiten beim Menschen und verursacht unter anderem schmerzhafte Hautwucherungen und Nervenschäden. Unbehandelt führt sie nicht selten zum Tode. Der Höhepunkt ihrer Verbreitung in Europa lag im Mittelalter, allerdings gab es auch später immer wieder Neuerkrankungen. Im Königreich Preußen kam es 1848 zum ersten Fall in jüngerer Zeit: Eine Magd aus Litauen hatte die Lepra nach Aschpurwen im Landkreis Memel gebracht und dort mehrere Menschen angesteckt. Weitere Einschleppungen erfolgten 1863 nach Bommelsvitte und 1880 nach Karkelbeck. Als es schließlich einige Dutzend Fälle im preußischen Landkreis Memel gab, schlugen Mediziner wie der deutsch-englische Dermatologe Eduard Arning und der Memeler Arzt Julius Pindikowski 1892/93 Alarm. Letzterer veröffentlichte in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ Listen der bekannten verstorbenen oder noch lebenden Leprösen. Außerdem schlug er die Errichtung eines Lepraheims zur Isolierung der Betroffenen vor.

Das Übel kam aus Russland

1896 bereiste der Berliner Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Alfred Blaschko, das Memelgebiet und vertrat nachher die Ansicht, dass der Ursprung der Lepra-Welle in Preußen in den beiden russischen Gouvernements Kurland und Kowno liege. Diesem Urteil schloss sich auch der bekannte Mikrobiologe Robert Koch an, der späterhin den Nobelpreis für Medizin oder Physiologie erhielt und im September 1896 im Auftrag des preußischen Kultusministers Robert Bosse Untersuchungen im Landkreis Memel durchführte, wobei er vom königlichen Kreisphysikus Peter Urbanowicz



Lepraheim nördlich von Memel: Einweihung am 17. August 1899

Foto: „Illustrierte Zeitung“, Nr. 2929

unterstützt wurde. In seinem Bericht, der nachfolgend im „Klinischen Jahrbuch“ erschien, schrieb Koch, „dass die Krankheit von Osten und Norden her über die russische Grenze in den Memeler Kreis eingedrungen ist“ – und zwar erst in jüngerer Vergangenheit. Darüber hinaus kam der Entdecker des Tuberkulose-Bazillus „zu dem Schluss, dass das gründlichste und am schnellsten wirkende Mittel zur Unterdrückung des Übels die unbedingte Absonderung der Leprakranken sei, und dass diese Isolierung nur durch ein unter ärztlicher Leitung stehendes Lepraheim

erzielt werden könne“. Diese Ansicht wurde auch von der 1897 in Berlin tagenden internationalen Lepra-Konferenz geteilt.

Dabei war es jedoch recht schwierig, einen geeigneten Platz für das geplante Leprosenhaus zu finden. Die zunächst vorgesehenen Standorte Königsberg, Prökuls und Süderspitze kamen alle aus praktischen Gründen oder wegen des Widerstands der örtlichen Behörden nicht in Frage. Schließlich einigte man sich auf eine Schonung inmitten des Plantagenwaldes zwei Kilometer nördlich von Memel. Hier entstand das preußische Lepraheim,

welches zunächst acht Männer und acht Frauen aufnehmen konnte und nach Plänen des Leiters des Memeler Hochbauamtes, Josef Callenberg, errichtet wurde. Insgesamt investierte der Staat 97.500 Mark in den Bau der Einrichtung. Deren Einweihung erfolgte am 18. Juli 1899 in Gegenwart des Kultusministers Bosse und des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Graf Wilhelm von Bismarck-Schönhausen.

In der Folgezeit war das Lepraheim in Memel bald das einzige seiner Art in Europa und beherbergte Kranke aus ganz

Deutschland. Bis zum 30. September 1944 lebten und starben hier insgesamt 42 Männer und 52 Frauen in strikter Isolation von der Außenwelt. Dabei gingen die politischen Veränderungen des 20. Jahrhunderts auch an dem abgeschiedenen Leprosorium nicht vorbei. Zunächst wurde dieses zu Beginn des Ersten Weltkrieges von den Russen geplündert, dann gelangte die Einrichtung infolge des Versailler Vertrages, welcher unter anderem die Abtrennung des Memellandes von Deutschland vorsah, in litauische Hand, wobei das Königsberger Diakonissen-Mutterhaus der Barmherzigkeit aber weiter für die Betreuung der Kranken verantwortlich zeichnete und das entsprechende Personal stellte. Durch die Wiedereingliederung des Memellandes im März 1939 gehörte das Lepraheim dann erneut zu Ostpreußen.

Von der Abtrennung betroffen

Infolge des Vorrückens der Roten Armee musste das Haus im Oktober 1944 geräumt werden. Die Insassen kamen per Frachtkahn nach Königsberg, wo man sie dem Diakonissenhaus übergab. Nach dem Fall der Festung Königsberg im April 1945 erfolgte eine erneute Verlegung der elf verbliebenen Kranken in die Seuchenabteilung auf dem Gelände der ehemaligen Nervenklinik an der Alten Pillauer Landstraße. Dort starben die Lepra-Kranken dann alle innerhalb kürzester Zeit – mit Ausnahme von Carl Grimmeisen, der seine Kindheit in Brasilien verbracht und sich dort infiziert hatte. Der inzwischen vollständig Erblindete wurde in eine Isolationseinrichtung in Talsen im Westen der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik verschleppt, wo er schließlich am 28. April 1954 verstarb. Zuvor hatte das Auswärtige Amt nach längerem Zögern noch eine Einreiseerlaubnis für Grimmeisen erteilt, um ihm eine Behandlung im Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf zu ermöglichen. Dieser Schritt erfolgte jedoch zu spät.

KREIS LABIAU

Auf unserem Storchenhof in Reikeningken

Kindheitserinnerungen eines Reikeningkers an die Freude über die Rückkehr von Meister Adebar im Frühling

Unser Hof, der nur wenige Kilometer vom Kurischen Haff und gleich neben den Deimewiesen lag, galt als der Storchenhof. Es befanden sich 15 Storchennester auf den verschiedenen Wirtschaftsgebäuden. Das war für uns ein unvergessliches Naturerlebnis, eng mit der Jugendzeit verknüpft. Alle Familien, die zum Hof gehörten, waren mit Kinderreichtum gesegnet.

Ein Ehepaar war dabei, das mit Stolz seine 16 Kinder mit dem täglichen Brot versorgte. Wahrscheinlich waren es diese Kinder, die vor Freude bei der jährlichen Wiederkehr des Adebars stets riefen: „Storch, Storch guter, bring mir einen Bruder; Storch, Storch bester, bring mir eine Schwester!“ Und Wilhelm Busch meinte dazu: „Wo kriegten wir nur die Kinder her, wenn Meister Klapperstorch nicht wär?“

Mit Schmunzeln könnte man meinen, in Reikeningken haben diese Rufe absolut gewirkt. In jedem Frühjahr wurden die Störche schon sehnsüchtig erwartet und im Verlauf des Sommers gab es auch immer wieder spannende Geschehnisse um Meister Adebar und seine Familie. Im Sommer 1939 waren wieder zwei Mann von der Vogelwarte Rossitten zu uns nach Gut Reiken gekommen, um die vielen Jungstörche zu beringern, bevor sie mit

ihren Flugübungen begannen. Mein Bruder Paul und ich versuchten, bei dieser Tätigkeit möglichst nah dabei zu sein. Nicht nur, weil wir die Störche liebten, sondern auch weil diese Fachleute aus Rossitten so manches Neue aus der Vogelwelt zu erzäh-

len wussten. Sie sagten auch, dass unser Hof mit ziemlicher Sicherheit der größte Storchenhof von Ostpreußen und auch wahrscheinlich von Deutschland sei.

Wir auf Gut Reiken waren schon stolz auf die 13 bis 15 besetzten Storchennester.

In jedem Nest wurden drei bis vier Jungstörche aufgezogen. So konnte man im Juli/August bis zu 90 Störche auf unserem Hof zählen. Leider kam es auch vor, dass bei den Flugübungen der Jungstörche durch eine unglückliche Windböe einer das Nest verfehlte und verletzt zu Boden ging. Paul und ich standen bei solchen Patienten stets als Sanitäter und Helfer bereit. In diesem Jahr war es Hansi, so nannten wir unseren Patienten, für den wir die Patenschaft übernahmen.

Sorgen um Hansi

Auf Wiesen und Äckern waren ausreichend Frösche für Hansi zu finden. Selbst geangelte Fische aus der nahen Deime ergänzten die Nahrung. Auf dem zwei Meter hohen Kaninchenstall bauten wir ihm ein Nest, welches er auch annahm. Recht bald konnte er auch wieder seine Flügel bewegen und es dauerte nicht lange, bis er das Fliegen lernte. Damit wir Hansi gut erkennen konnten, bekam er ein Stück Bindfaden an das Bein gebunden.

Etwas alle 14 Tage kam auch ein Fischer aus Haffwinkel und brachte einige Zentner frischen Kleinfisch zum Füttern der Schweine. Dann tat auch Hansi sich glücklich daran.

Um den 28. August versammelten sich alle Störche und verabschiedeten sich nach dem Süden. Hansi war nicht dabei. Aber eine Woche später war er auch fort.

90

Störche verteilten sich in manchen Jahren auf Gut Reiken auf etwa 13 bis 15 Nestern

Wir hatten arge Bedenken, ob er den Weg auf seinem ersten weiten Flug in den Süden auch finden würde.

Im darauffolgenden Frühjahr waren wir schon besorgt. Hansi kam nicht zurück! Doch im Frühjahr 1941 erblickten wir unter den ersten zurückgekehrten Störchen auch unseren Hansi, sein Erkennungszeichen, das Bändchen, hatte er noch am Bein. Welche Freude! Es war also richtig, dass Jungstörche erst nach zwei Jahren zurückfliegen.

Klaus Lemke aus: „Störche in unserem Heimatland“ von tohus, Sonderheft 2018



Storchennester auf der Kirchenruine Kumehehen: Über zahlreiche Storchennester freute sich auch die Familie auf Gut Reiken

Foto: Stramm

SCHWEDENSUREN

Gotland – Kalkstein für Stralsund

Auf der Ostsee-Insel wird „weißes Gold“ geschürft

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Kaum tritt man in Stralsund aus dem Haus, ist man Gotland schon sehr nahe: beim Schritt über die Türschwelle. Zumindest ist das so im mittelalterlichen Stralsunder Heiliggeistkloster 7. Sie nämlich besteht aus hartem gotländischen Kalkstein, der durchsetzt ist mit Millionen von Jahre alten Fossilien.

Auf rund 176 Kilometer Länge und 50 Kilometer Breite ballt sich auf der In-Ostsee-Insel Erstaunliches zusammen: Naturwunder, Geschichte und Weltkulturerbe, 60.000 Schafe, aber nur 60.200 Menschen. Und das auf einer Fläche, die dreieinhalb Mal so groß wie Berlin und 55-mal so groß wie Stralsund ist. Nicht nur Ingrid und Ingmar Bergman sowie Pippi Langstrumpf verhalfen der Insel zu Ruhm. Auch schon Zeugen einer viel früheren Zeit. Neugierig geworden?

Island-Geburt und Raukar

Vor rund 430 Millionen Jahren entstand Gotland im Erdaltertum. Damals war es allgemein viel wärmer als heute. Im tropischen Silurmeer lebten viele Kleinlebewesen wie zum Beispiel Korallen. Als sie abstarben, sanken sie auf den Meeresboden. Mit Schlamm, Salz und Algen wurden sie zu einer Sedimentschicht verbacken, die immer höher wuchs und einen gewaltigen Druck erzeugte. Im Laufe der Zeit türmte sich daraus eine mehrere hundert Meter hohe Schicht auf. Als vor rund 10.000 Jahren die bis zu drei Kilometer mächtigen Gletscherpanzer der Eiszeit schmolzen, wurde das Land entlastet und hob sich – sogar heute hält das noch an – bis jetzt 82 Meter hoch, schneller als der Meeresspiegel anstieg.

Diese Zeit, das Silur oder „Gotlandium“, war die Geburtsstunde der Insel Gotland, an der heute die Wellen der Ost-

see nagen und gemeinsam mit der Witterung fantastische Formen in den Kalkstein fräsen. Davon zeugen eindrucksvoll die aus den Klappersteinfeldern an der Nordküste Gotlands und Farös aufragenden Riesen-Raukar von Langhammars und Digerhuvud, bizarr von der Natur geformte Kalksteinsäulen mit bis zu 27 Metern Höhe. Sie sind die natürliche Visitenkarte der Insel.

Eintauchen ins Mittelalter

Wenn die Hansa-Destinations-Fähre „Drotten“ seit August 2021 einmal pro Woche Freitag von Rostock kommend am Samstag in den Hafen der 24.330-Einwohner-Inselhauptstadt Visby einläuft, präsentiert sich das von einer 3,6 Kilometer langen meterdicken Stadtmauer aus Kalkstein umschlossene Ensemble zum ersten Mal in seiner ganzen beeindruckenden Geschlossenheit.

Nur ein paar Schritte entfernt vom modernen Terminal am Holmen, das auch häufig im Gotland-Krimi „Der Kommissar und das Meer“ zu sehen ist, taucht man ein ins Mittelalter. Der historische Stadtkern wurde 1995 von der UNESCO als Weltkulturerbe geadelt: weil es „nur noch wenige Orte auf der Welt“ gebe, „in denen Vergangenheit und Gegenwart so harmonisch verwoben“ seien wie in Visby. Augenfällig abzulesen am mittelalterlichen Straßennetz mit seinen schmalen Gassen und Gewölben, den durch Plünderungen und Brände im 13. Jahrhundert entstandenen neun Kalkstein-Kirchenruinen, 27 mächtigen Wehrtürmen, der Holzstadt aus dem 18. Jahrhundert oder den Packhäusern, als Visby ein wichtiges Handelszentrum der Hanse war.

Die dreitürmige Sankt Marienkirche, das Wahrzeichen der Stadt, ließen deutsche Hanse-Kaufleute – ihre Vorgänger waren ab dem 7. Jahrhundert die Wikinger – errichten, so wie auch die Heiliggeistkir-



FOTO: SCHMIDT-WALTHER

Portal und Fundamenteinfassung der Stralsunder Marienkirche aus Gotland-Kalkstein: Der aufmerksame Besucher Stralsunds findet viele Zeugnisse des Baustoffs von der Insel Gotland, wie auch in den Altstädten zwischen Lübeck und Danzig

che, die ebenfalls in Stralsund ihre Entsprechung hat.

Ein Gotland-Schnuppertag führt nach Kappelshamn mit seinen weißen Hügeln,

dem „Gold der Insel“. Frachter liegen, von Staubwolken umhüllt, an der Pier und laden Kalkstein, immer mal wieder auch mit dem Ziel Stralsund. Der wurde hier

schon im Mittelalter von Bauern in kleinen Meilern – einer steht sogar in Stralsund-Frankenhöhe – gebrannt als Grundlage für die Zementherstellung, die noch heute einen hohen wirtschaftlichen Wert hat. Ein paar steinerne Brennöfen kann man als Industriedenkmäler besichtigen.

Das goldene Kalksteinfundament

So auch in Barlast vor der Insel Asunden gegenüber von Slite, wo derzeit das größte Werk enorme Mengen produziert und weltweit verschifft. Eine Tafel am kleinen historischen Hafen erklärt anschaulich den mühsamen Abbau und Transport der Steine per Hand mit primitiver Brech- und Hebezeug-„Technik“.

Auch die schwierige Verladung auf Segelschiffe, die die Häfen der Hansestädte anliefen, ist ein Thema. Unter den insgesamt 225 war an vorderster Front auch die Hansestadt am Sund. Das verbaute Resultat kann man heute am hohen West-Portal der Stralsunder Marienkirche und an der Einfassung ihres Fundaments bewundern. Die grau-weißen Blöcke stammen sämtlich aus Gotland. Am Langenkanal vor dem griechischen Restaurant erinnern Steinblöcke und Stelen noch daran, was hier einst umgeschlagen wurde. Die Hafensinsel existierte ja noch nicht.

Leider hat die Kalkbrennerei auch zur Teil-Entwaldung Gotlands geführt. Eine savannenähnliche Heidelandschaft mit Wacholderbüschen und Krüppelkiefern breitete sich hier aus. Auch sie hat heute ihren ganz speziellen Reiz.

Eines ist gewiss: Gotland inspiriert. Die nächste einwöchige Reise – bevorzugt in der ruhigen Vor- und Nachsaison – gilt den vielen anderen kulturellen, landschaftlichen und historischen Höhepunkten der größten schwedischen Insel.

● Info www.gotland.com;
Fähre: www.destinationgotland.se

ZUM 150. GEBURTSTAG

Pionier der Neurophysiologie aus Stettin

Albrecht Bethe – Galionsfigur der jungen Universität in Frankfurt am Main

Der Mediziner Albrecht Theodor Julius Bethe stammte aus Stettin, machte nach erster Beschäftigung mit der Meeresbiologie an seinen Hauptwirkungsstätten Straßburg, Kiel und Frankfurt am Main vor allem als Physiologe Karriere. Er beschäftigte sich als Neurophysiologe mit der „Wiederherstellung der Funktion durchtrennter Nerven“, arbeitete zeitweilig mit dem berühmten Chirurgen Ferdinand Sauerbruch zusammen, fungierte zwischendurch als Dekan sowie Universitäts-Rektor und gehörte ab 1926 zu den Gründungsvätern des „Handbuchs der normalen und pathologischen Physiologie“, das zum Standardwerk für die deutsche Ärzteschaft gedieh.

Doch die Nationalsozialisten beendeten 1933 Bethes Höhenflug. Sein Sohn Hans Bethe stand übrigens dem Vater nicht nach. Er zählte zusammen mit Max Planck und Albert Einstein zur ersten Reihe der deutschen Physiker und erhielt 1967 für seine bahnbrechenden Erkenntnisse den Nobelpreis.

Albrecht Bethe wurde am 25. April 1872 in Stettin geboren. Seine Mutter war eine Nichte des bekannten Schriftstellers Friedrich Gerstäcker. Sein Vater wirkte als Arzt und ist als Hausarzt der Stettiner Familie Höber überliefert. Deren um ein Jahr jüngerer Sohn freundete sich mit



Prof. Dr. phil. Dr. med. Dr. med. h. c. Physiologe, Naturforscher und Mediziner: Die Titelsammlung des Geheimen Medizinrats Albrecht Theodor Julius Bethe

dem Arztsohn an und nahm mit ihm an Exkursionen in die Natur teil. Beide Naturfreunde sammelten in ihrer Jugend Pflanzen und Kleintiere, untersuchten sie per Mikroskop und erstellten dazu treffliche Zeichnungen. Daraus resultierten dann auch ihre Studienwünsche.

Beide begannen nach dem Schulabschluss an der Freiburger Universität ein Medizinstudium. Doch während sich Freund Höber bald der Bioelektrizität der Zellen widmete und damit die Biophysik prägte, arbeitete Bethe die nächsten Jahre als Meeresbiologe. Er wurde dazu in Straßburg promoviert, wo er eine Assistentenstelle hatte, entdeckte für sich auf Dauer die Physiologie und konnte sich hier 1899 habilitieren. Es folgten 1911 die Berufung zum ordentlichen Professor für Physiologie an die Kieler Universität, wo parallel auch Freund Höber forschte und lehrte. Die beiden Gelehrten aus Stettin gaben der Kieler Universität für einige Jahre auf den Gebieten der Bioelektrizität und Physiologie neue Impulse. Bis zu den Jahren 1914/15. Dann wurde Bethe von der zuvor gegründeten neuen Universität in Frankfurt am Main zu besseren Konditionen abgeworben.

Er bezog als Direktor des Institutes für Animalische Physiologie das Frankfurter Theodor-Stern-Haus, unterstützte Ferdinand Sauerbruch angesichts der vielen Kriegsverletzungen bei der „Konstruktion von Bein- und Armprothesen“ und widmete sich in der Folge immer stärker der „Wiederherstellung der Funktion durchtrennter Nerven“. Bethe war es, der die Funktionsübernahme zerstör-

ter Nerven durch andere Nerven auf den Weg brachte, die „neuronalen Plastizität“ prägte und damit die Neurophysiologie zu neuen Ufern führte. Das machte ihn während der Weimarer Republik international bekannt, trug ihm nacheinander die Würden eines Dekans und dann eines Universitäts-Rektors ein und ließ ihn zur Galionsfigur der jungen Universität in Frankfurt/Main aufsteigen.

Dazu kam die Freude über die Entwicklung seines Sohnes Hans. Doch nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten kam es für den Frankfurter Gelehrten zur Zäsur. Er war in zweiter Ehe mit einer jüdischen Frau verheiratet, verweigerte die Trennung von ihr und wurde im Gefolge des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ zunächst in den Ruhestand versetzt. Danach folgte die Abschmelzung der Bezüge als Emeritus. Seinem Jugendfreund Rudolf Höber ereilte ein ähnliches Schicksal. Er wurde als Halbjude gemäßigert, verließ noch 1933 Deutschland und ging ins Exil.

Bethe überlebte die Zeit des Nationalsozialismus, wurde sofort nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches erneut an die Frankfurter Universität berufen und starb am 19. Oktober 1954 in Frankfurt am Main, ein Jahr nach Rudolf Höber. Er wurde 82 Jahre alt. *Martin Stolzenau*

ZOO VON STRALSUND

Zur Schafschur am 1. Mai

Die Schafe fordern oft lautstark von Besuchern ihre Portion Aufmerksamkeit in Form von Futter ein. Wer den Zoo von Stralsund aktuell besucht, wird feststellen, dass zwei Schafrassen sich momentan mit einem besonders dichten Wollkleid schmücken. Während das Vlies des Rauwolligen Pommerischen Landschafts von der Struktur eher dem Wetterschutz dient, steht die Wolle des Merinoschafs für den Kuscheffaktor. Doch eines haben diese beiden Schafrassen gemeinsam. Zur warmen Zeit muss ihnen das Winterfell geschoren werden, da sie es nicht mehr aus eigener Kraft verlieren.

Im Zoo geschieht das traditionell am 1. Mai vor den Augen des Publikums. In der Zeit von 14 bis 16 Uhr lädt man dort zur öffentlichen Schafschur ein. Interessierte können erfahren, wie diese Arbeit in vergangenen Zeiten erledigt wurde und direkt erfahren, welche unterschiedlichen Wollstrukturen die Schafhalter über die vielen Jahrhunderte herausgezüchtet haben.

Die frisch gewonnenen Vliese werden an diesem Tag direkt von den „Mittwochsspinnerinnen“ übernommen. Rund ums Thema spinnt man an diesem Tag weitere Aktionen – auch für Kinder. *Pressestelle Stralsund*

APPENZELLERLAND

Fromme Höhlenbewohner

Bei den Eremiten des Wildkirchli – Die Schweizer Einsiedelei ist spektakulär an einer steilen Felswand im Alpstein-Gebirge gelegen

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Schlägt man den 1855 veröffentlichten Roman „Ekkehart. Eine Geschichte aus dem 10. Jahrhundert“ des Biedermeier-Autors Josef Victor von Scheffel auf, wird man in eine poetische, humorvolle und vielschichtige Darstellung hochmittelalterlichen Lebens hineingezogen. Das seinerzeit populäre Kultbuch, heute ein Klassiker, erschien in über 300 Auflagen.

Die Handlung des Romans ist im Hegau, einem historischen Gau des Herzogtums Schwaben nordwestlich des Bodensees, und im Appenzeller Land angesiedelt. Mehrere Anekdoten aus den St. Gallener Klostergeschichten über die Klosterbrüder Ekkehart I. und II. hat der Autor für die Lebensgeschichte eines fiktiven St. Gallener Mönchs namens Ekkehart verwendet und phantasievoll ausgeschmückt. In St. Gallen wurde Ekkehart I. für den Verfasser des Walthari-Liedes gehalten. Dementsprechend stellte Scheffel seine Romanfigur als Dichter des Walthari-Liedes vor, das an die Nibelungen-Dichtung anknüpft und volkssprachliche Überlieferungen verarbeitet.

Vom Roman führt eine inhaltliche Verbindungslinie zum beliebten Berggasthaus Aescher-Wildkirchli in spektakulärer Lage im Alpsteinmassiv, Kanton Appenzell Innerrhoden in der Ostschweiz. Das denkmalgeschützte Gebäude wurde 1860 in 1487 Meter Höhe unter einer beeindruckenden 80 Meter hohen, überhängenden Felswand der Ebenalp errichtet, genannt Aescher. Dabei wurde in eine von drei miteinander verbundenen Felsenhöhlen in bis zu 1500 Meter Höhe hinein gebaut.

Inspiration für Roman „Ekkehart“

Das Aescher-Wildkirchli ist eines der ältesten Berggasthäuser der Schweiz und zugleich das berühmteste der Alpen, oder, wie mitunter behauptet wird, sogar der ganzen Welt. Im Appenzeller Land ist die Berghütte mitsamt den begehbaren Höhlen eines der beliebtesten Ausflugsziele und eine wahre Sehenswürdigkeit. 2015 zierte ein Foto der Wildkirchli-Hütte das Titelbild der „National Geographic“. Vorgestellt wurden „die 225 atemberaubendsten Reiseziele der Welt“.



Nah am Abgrund und doch sicher: Das Berggasthaus Aescher-Wildkirchli liegt geschützt an einem Felsüberhang Foto: appenzell.ch

Der leichteste Aufstieg erfolgt mit der Luftseilbahn Wasserauen-Ebenalp. Von dort erreicht man das Gasthaus in 15 Minuten über einen Wanderweg, der zuletzt durch zwei Höhlen führt. Am Grat der Ebenalp hat man eine grandiose Aussicht bis zum 2502 Meter hohen Säntis, dem höchsten Berg im Alpstein, und auf den malerischen Seealpsee.

Hier liegen die Wurzeln des Alpsteintourismus. Bereits im 18. Jahrhundert begannen die in der sogenannten Unteren Wildkirchli-Höhle lebenden Eremiten und die Sennen der Alp, Wanderer und Gäste zu verpflegen. Touristen, Schriftsteller, Maler und Naturforscher entdeckten die herrliche Landschaft und den Reiz des Bergsteigens.

Auch die internationalen Kurgäste des Molkenkurorts Weissbad trugen wesentlich zum Aufschwung des Tourismus im Appenzeller Land bei. Damals schon galten die Einsiedler als Sensation, diese As-

keten der Bergwelt, umrankt von mysteriösen Erzählungen.

Von 1850 an wurde der Zugang zur Bergwelt durch die Anlage von Wanderwegen und Berggaststätten erleichtert. Kurz vor der Veröffentlichung seines „Ekkehart“ logierte auch Victor von Scheffel in der 1846 eröffneten Berghütte am Eingang der Unteren Höhle, dem Vorgänger des Gasthofs Aescher-Wildkirchli. Dort, in der ehemaligen Unterkunft der Eremiten, vollendete er seinen historischen Roman. In dem erneuerten Eremitenhäuschen sind gegenwärtig Höhlenbärenknochen und Steinwerkzeuge aus der Altsteinzeit ausgestellt, die bei Grabungen zum Vorschein kamen.

„Fahr’ wohl, du hoher Säntis“

Erstmals wird der Name Wildkirchli 1524 als Bezeichnung für eine Andachtsstätte in der Felswand der Ebenalp erwähnt. In der sogenannten Altarhöhle mit hallenar-

tig erweitertem Eingang errichtete der Kapuzinermönch Tanner 1621 an einer ehemaligen Andachtsstätte einen dem Erzengel St. Michael geweihten Altar. An St. Michael wurden dort Wallfahrtsgottesdienste abgehalten, die im Volk großen Anklang fanden.

Die Altarhöhle wurde 1657 von Pfarrer Ullmann als Kapelle eingerichtet. Am Eingang wurde ein Glockenturm errichtet. Von 1658 bis 1853 wohnten in der Unteren Höhle Eremiten, die während der Sommersaison Gottesdienste für die Sennen der Alp abhielten. In großer Zahl strömte auch die Innerrhoder Bevölkerung hinauf zu den Gottesdiensten.

Möglicherweise wurden die Höhlen bereits in frühmittelalterlicher Zeit von Klausnern bewohnt. So jedenfalls dachte es sich Scheffel. Hierher verlegte er den Schluss seines Romans und damit zugleich den Ort der Entstehung des Walthari-Liedes. Aufgrund der Rache und Strafe eines ihm feindlich gesonnenen Paters war Ekkehart in die Schweiz geflohen. In der Eremitenhöhle im Alpsteingebirge verlebte er die Sommermonate mit Beten und Dichten zur Wiedergewinnung seiner Seelenruhe. In der Altarhöhle feierte er mit den Sennen die Heilige Messe.

Zum Alpmeister, seinem Freund, sprach Ekkehart einmal: „Wenn ich wieder auf die Welt käme und hätte vom Himmel herniederzufallen und die Wahl wohin, ich glaube, ich ließ mich zum Wildkirchlein fallen und nirgend anders hin.“

Nachdem er das Walthari-Lied in lateinischer Sprache niedergeschrieben hatte, sang er ein wehmütiges Lebewohl auf die schöne Landschaft, bevor er wieder über den Rhein zog: „Fahr’ wohl, du hoher Säntis, der treu um mich gewacht, Fahr’ wohl, du grüne Alp, die mich gesund gemacht. Hab’ Dank für deine Spenden, du heil’ge Einsamkeit, vorbei der alte Kummer – vorbei das alte Leid. Geläutert ward das Herze und Blumen wuchsen drin: Zu neuem Kampf gelustig, steht nach der Welt mein Sinn.“

● Je nach Witterung öffnet das Berggasthaus Aescher-Wildkirchli im Mai in die Saison. Infos zu Wildkirchli-Führungen unter www.ebenalp.ch und www.appenzell.ch

TIROL

Ein unvergessliches Schmankerl am Inntal

Kerzenlicht in der Gondel und Sonnenuntergänge auf dem Gipfel – Innsbrucks Hausberg Patscherkofel startet in die Saison

Wer glaubt, der Hausberg müsste immer die höchste Erhebung in unmittelbarer Nähe einer Stadt sein, sieht sich getäuscht. Die Innsbrucker zum Beispiel haben nicht die 2330 Meter hohe Hafelekarspitze, die aus dem imposanten Gebirgszug der Nordkette direkt vor der Stadt hervorragt, zu ihrem Hausberg erkoren, sondern den gegenüberliegenden, weiter entfernten und knapp 100 Meter kleineren Patscherkofel. Der Grund dafür ist, dass hier, anders als an der steilen Nordkette, im Sommer ein Wander- und im Winter Skibetrieb für alle möglich ist.

Diese idealen Freizeitbedingungen teilen die Innsbrucker gern mit ihren touristischen Gästen. Seit fast 100 Jahren führt die Patscherkofelbahn ab Innsbruck-Igls Wanderer, Skifahrer oder einfach nur „Seh“-Leute an Zirbenwäldern vorbei bis zum kargen Gipfel hinauf. Von dort kann man im Sommer vielfältige Themenwege wie den Vitalweg, den Zirbenweg, den Naturlehrweg Patscherkofel

oder den Panoramaweg Jochleitensteig erkunden. Eine Wanderung zum höchstgelegenen Botanischen Garten Öster-

reichs, dem Alpengarten Patscherkofel mit seinen über 400 verschiedenen Alpengewächsen, macht Lust auf mehr.



Sendemast auf dem Patscherkofel: Ganz rechts Innsbruck mit einem Teil der Nordkette

Wer nach mehr sportlicher Herausforderung sucht, kann diese auf der Panorama-Alpin-Wanderung zur Glungezer Hütte finden. Die extra ausgewiesenen Fahrradstrecken wie die Tour zur Kuppel des Patscherkofels führen zum Teil über Forstwege immer aufwärts auf den exponierten Gipfel, der wegen seiner Kahlheit und seinen 50 Meter hohen ORF-Sendemasten ein klein wenig an den Brocken im Harz erinnert.

1964 und 1976 wurden hier viele alpine Disziplinen der Olympischen Winterspiele veranstaltet, und vor zehn Jahren fanden hier die Olympischen Jugend-Winterspiele statt. Jetzt kann man hier mit dem E-Bike gemächlich oder mit dem klassischen Mountainbike kräftig in die Pedale treten. Hinterher winkt die Belohnung im Berggasthof, in dem regionaltypische Schmankerln serviert werden. In einer Gourmet-Gondel kann man sich darüber hinaus von Mittwoch bis Sonntag ein reichhaltiges Frühstück schmecken las-

sen. Im Restaurant „Das Kofel“ an der Bergstation gibt es zudem ein sogenanntes Genussfrühstück. Im Rahmen der Abendfahrten ist „Das Kofel“ jeden Donnerstag sogar bis 23 Uhr für das Sonnenuntergangserlebnis geöffnet. Romantik pur verspricht das sogenannte Time-Out-Dinner, ein Fünf-Gänge-Menü bei Kerzenlicht, serviert in der Gourmet-Gondel.

Weiterhin laden zahlreiche gemütliche Almen im Patscherkofel-Gebiet zur Einkehr ein. Hier gibt es perfekt abgehangenen rauchigen Speck, exakt gereiften Graukäse oder frische Buttermilch mit süßen Beeren von den heimischen Almwiesen. An den Senioren- und Studententagen, montags und dienstags, gibt es 50 Prozent Ermäßigung auf den Fahrschein der Patscherkofelbahn. H. Tews

● Die Saison am Patscherkofel läuft vom 21. Mai bis 30. Oktober. Infos zum Bergwetter, Veranstaltungen und den Restaurants unter: www.patscherkofelbahn.at

● FÜR SIE GELESEN

Frühling
willkommen

„Frühling“, mit diesem Wort beginnt fast jeder Text in den „FrühlingsLichtGeschichten“, herausgegeben von Stefan Loß im christlichen Brunnen Verlag. Jede der zehn sehr kurzen Geschichten des dünnen Buches bringt dem Leser dieses kribbelige Frühlingsgefühl. Das Leben, wie es auch immer ist, wird willkommen geheißt.

Die zehn Autoren geben Einblicke in Alltagssituationen, die manchmal etwas konstruiert wirken, und trotzdem ihre Wirkung nicht verfehlen. Eine Mutter, die lernt, ihr behindertes Kind zu akzeptieren; ein Baum, der trotz einer großen Verletzung des Stamms herrliche Früchte trägt; Freunde, die einen sterbenden Freund entführen, um ihm anhand von Schneeglöckchen zu zeigen, dass das Leben weitergeht. Das Buch eignet sich als Geschenk – für andere oder für sich selbst.

Dass nicht immer alles perfekt im Leben läuft, erzählen nicht nur die Geschichten, sondern auch die Impressumsseite des Titels. Hier ist zu lesen: „Bibeltext entnommen der BasisBibel (Bitte noch Rechte checken) Joh 10,10“. Redaktionelle Fehler passieren, aber im Licht der Frühlingssonne erscheinen sie doch eher sympathisch. **CRS**



Stefan Loß (Hrsg.): „FrühlingsLichtGeschichten“, Brunnen Verlag, Gießen 2022, gebunden, 60 Seiten, 4,99 Euro

Der Geist
der Unfreiheit

Die Bundesrepublik sei mittlerweile kein freies Land mehr. Das resultiere aus dem Abbau von Freiheitsrechten im Zuge der Klima-, Migrations- und Corona-Krise. Dies ist die Kernthese des Buches „Vom Verlust der Freiheit“ von Raymond Unger.

Der Kunstmaler und Autor mit 20 Jahren Berufserfahrung auf dem Gebiet der Psychotherapie schildert, durch welche Manipulationen der Geist der Unfreiheit in unserer Gesellschaft Fuß fassen konnte. Dabei analysiert er jedes der zahlreichen Übel der heutigen Zeit als da wären Konformismus, Schuldstolz, toxische Scham, Kulturmarxismus, Kognitive Verzerrung, Informationskrieg, Politische Korrektheit, Cancel Culture, Framing, Medienversagen und Gender-Ideologie.

Zudem prophezeit Unger, dass das Grundgesetz bald durch „ein dauerhaftes Krisenmanagement“ ersetzt und der Bundestag „zum Abnickverein supranationaler Programme verkommen“ werde. Andererseits soll der letzte Satz seines Buches über die immer mehr um sich greifende totalitäre Tendenzen hierzulande dann doch wieder Hoffnung machen: „Wo aber ein Ende naht, da naht auch ein Neuanfang.“ **Wolfgang Kaufmann**



Raymond Unger: „Vom Verlust der Freiheit. Klimakrise, Migrationskrise, Coronakrise“, Europa Verlag, München 2021, gebunden, 520 Seiten, 24 Euro

BILDMELDUNG



Poesie im Bild

Ein Ratgeber mit zahlreichen
Tipps und Tricks für wirkungsvolle
Fotografie

FOTO: SHUTTERSTOCK

„Draußen fotografieren“ enthält nicht nur wunderschöne Bilder und Vergleichsbilder, sondern sehr viele Tipps und Tricks, wie ein Hobbyfotograf wunderschöne Bilder entstehen lässt. Auf 260 Seiten verraten Sina Blanke und Jan Glatte, mit welcher Ausstattung, wel-

chen technischen Hilfsmitteln und welchen Motiven sie das Optimum aus ihren Bildern herausholen. Dabei ist ihr Buch logisch aufgebaut, und die Anweisungen sind gut nachvollziehbar. Hinweise zu Apps und Bildbearbeitungsprogrammen fehlen nicht. **CRS**



Sina Blanke/Jan Glatte: „Draußen fotografieren. Wie du mit einfachen Mitteln beeindruckende Fotos in der Natur machst“, Humboldt, Hannover 2022, gebunden, 260 Seiten, 28 Euro

POLITIK

Wie Gregor Gysi sich selbst sieht

Im Plauderton und angereichert mit biografischen Einschüben, erklärt der Linken-Politiker Politik

VON KARLHEINZ LAU

Gregor Gysi ist ein bundesweit bekannter Politiker, ein überzeugter Linker, was in seinen politischen Aktivitäten in der SED, der PDS und der Linken dokumentiert wird. Heute gehört er zur Fraktion der Linkspartei. Er gilt als fachlich kompetent sowie als kluger und geistreicher Diskussionspartner und Debattenredner. Diese Eigenschaften erklären seinen Bekanntheitsgrad über die Parteigrenzen hinaus.

Der Titel seines neuen Buches „Was Politiker nicht sagen“ suggeriert die ganze Spezies Politiker, im Grunde aber meint er sich selbst, wie die Ausführungen zeigen. Das Buch enthält zwanzig kleine Kapitel mit inhaltlich unterschiedlichen Ansätzen, die im Ergebnis ein Bild des Politikers Gregor Gysi zeichnen. Es ist ein Kaleidoskop mit vielen Versatzstücken: Erfahrungen, Selbstzitate, seiner Biografie, der DDR und der Bundesrepublik – und sie enthalten immer wieder auch Plädoyers für die eigene Partei.

Dabei werden seine Kenntnisse der Geschichte der Rhetorik gebührend unter Beweis gestellt: Namen wie Aristoteles, Cicero und Cato, aber auch Goethe, Lessing, Schiller und Walter Jens dürfen im Personenregister nicht fehlen. Die Überschriften weisen nicht unbedingt auf die folgenden Ausführungen hin, Beispiel Kapitel 5: „Über den Müggelsee laufen“.

Gysi beschreibt seine Zeit als Vorsitzender der SED ab Dezember 1989 und den Übergang zur PDS, er begründet seine Haltung, die damals aus allen politischen Lagern kritisiert und verurteilt wurde. Dabei gab es auch Witze über seine Person. Er stand am Müggelsee und Jesus kam zu ihm und versprach, dass er über den Müggelsee laufen könne. Der politisch links stehende Wundermann



Er gilt als begnadeter Rhetoriker: Der Politiker Gregor Gysi Foto: imago/Imagebroker

konnte es natürlich nicht und erntete den Spott vieler Bürger.

Sprache als Instrument

Zugegeben, das klingt etwas herbeigeht, ist aber nicht typisch für das Niveau des Buches. In all seinen Beiträgen versteht sich Gysi als aktiver Politiker, er ist heute außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der Linkspartei. Von zentraler Bedeutung sind für ihn Sprache und Rhetorik; er bezeichnet sie als das wesentliche Instrument des Menschen in der Politik. Ausgehend von dieser Feststellung bietet er grundsätzliche Überlegungen zur praktischen Anwendung im persönlich/privaten Bereich, in öffentlichen Veranstaltungen, in Parteiversammlungen und schließlich im Parlament.

Ein ganz besonderes Thema sind die vielen Talkshows, oft war und ist er Gesprächsteilnehmer. Er nennt sie Pflichttermine für alle Politiker. Für die Bürger seien sie ein Angebot für politische Bildung. Wo immer man auftrete, sei es im Gespräch, in

einer Diskussion, innerhalb der eigenen Partei oder im Parlament, bedürfe es bestimmter Grundsätze oder Regeln, wenn der Gesprächspartner überzeugt werden solle: Wahrhaftigkeit und nicht Überforderung, keine falschen oder gefälschte Informationen oder Nachrichten. „Zu den Waffen des gewieften Rhetorikers zählt leider die gespaltene Zunge.“

Insgesamt liefern Gysis Anforderungen an eine Rede oder für ein Gespräch keine neuen Erkenntnisse. Was sie in Texte eingebaut interessant macht, ist die Verquickung mit seinen persönlichen Erfahrungen in der praktischen Politik, meist aus dem Bundestag. Es sind Einzelbilder, die er vermittelt. So bezeichnet er den „Rhetorikwerkkasten“, den er beispielsweise in Konferenzen oder in Parteibüros und im Parlament einsetzt, als abseits des Alltags, er entspreche nicht der Lebensrealität der Menschen. Diese sprächen ihre eigene Sprache.

Originell sind die Sprüche des Autors, die er vor jedes Kapitel setzt. Sie stammen

aus Parlamentsreden, Parteitagdiskussionen oder persönlichen Begegnungen. Einige Beispiele zu unterschiedlichen Gelegenheiten: „Ein Ostdeutscher ist Bundespräsident, eine Ostdeutsche ist Bundeskanzlerin, und was aus mir wird, wissen Sie alle nicht“, Bundestagswahlkampf 2013, oder: „Wer die deutsche Einheit will, muss sich auch mit mir abfinden. Billiger ist sie nicht zu haben“, Bundestagsdebatte Mai 1996, oder: „Ich fand das Plakat der CSU ‚Wer betrügt, der fliegt‘ gut. Ich weiß nur nicht, wo wir mit der ganzen Bundesregierung hinsollen“, Aschermittwoch 2015.

Originelle Sprüche

Diese und weitere Sprüche zeigen einen selbstbewussten Gysi, der mit seinem Witz zu kokettieren weiß. Das gesamte Buch kann auch in einzelnen Kapiteln gelesen werden. Man kann unterstreichen, das Buch ist anregend und lesenswert, es ist ein gelungener Versuch, „ein paar Gedanken zur politischen Rhetorik und zu meinem Verhältnis zur Sprache aufzuschreiben“.

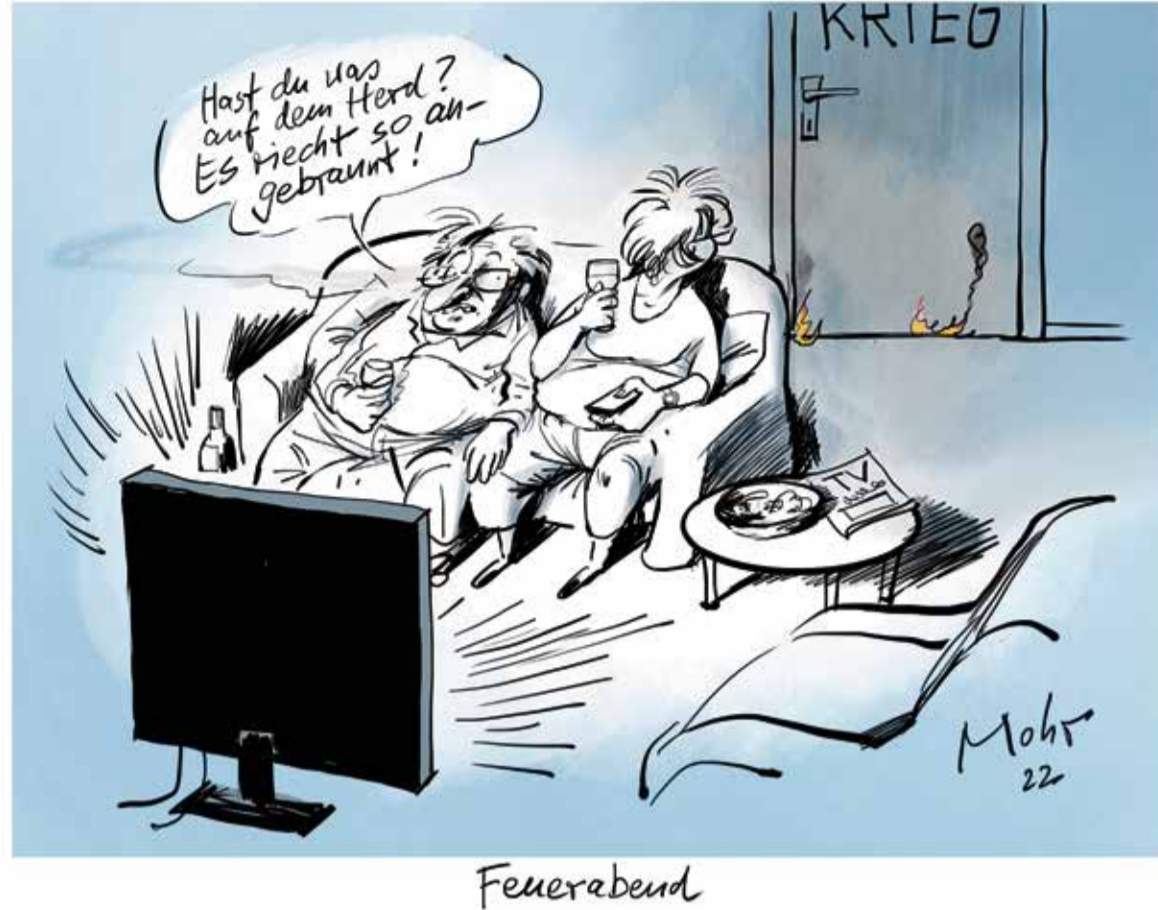
Ein Standardwerk etwa über die Arbeitsweisen in der parlamentarischen Demokratie ist es nicht, will es ausdrücklich nicht sein, der Autor gibt sich bescheiden: „Kein Angriffspapier. Kein Ratgeberprogramm. Eine Rezeptur schon gar nicht. Ein biografisch beeinflusster Erklärungsversuch. Systematik? Eher eine Plauderei.“ Dem ist zuzustimmen: ein anregender Cocktail – gut bekömmlich durch die ernsthafte Mischung anregender Zutaten.



Gregor Gysi: „Was Politiker nicht sagen – weil es um Mehrheiten und nicht um Wahrheiten geht“, Econ Verlag Berlin 2022, gebunden, 272 Seiten, 22 Euro

● **AUFGESCHNAPPT**

Was waren das für Zeiten, als man entspannt über die Scrabble-Szene in Loriots Film „Ödipussi“ lachen konnte. Tante Mechthilds Wortkreation „Hundnase“ wird zurückgewiesen und über ihren Versuch, ersatzweise „Schwanzhund“ durchzusetzen, entbrennt ein veritabler Streit. Eher angespannt gibt sich der Spielehersteller Mattel, der nun allen Ernstes den Scrabble-Genderstern einführt. Mittels des neuen Steins „*IN“ solle Gendern „spielerisch leicht gelernt“ werden und entsprechend „in den täglichen Sprachgebrauch übergehen“. Es sei „ein sichtbares Zeichen dafür, dass sich die Spielregeln in der Gesellschaft verändert haben“. Wer ein – altes – Spiel besitzt und auf der Höhe der Zeit sein will, kann sich den „*IN“-Stein bei Mattel kostenlos bestellen, auch die Spielanleitung ist umformuliert. Und wer den Stein einsetzt, bekommt 10 Punkte – ein Wert, den sonst nur die Buchstaben Q und Y haben. Tante Mechthild hätte es mit ihrem ganzen „Schwanzhund“ lediglich auf 57 Punkte gebracht. E.L.

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Ulrich Reitz beleuchtet in „Focus online“ (25. April), wie sich die Dinge im Ukraine-Krieg derzeit darstellen und wie sie sich vermutlich entwickeln werden:

„Die Deutschen führen selbstreferentielle Diskussionen, die Amerikaner helfen der Ukraine, diesen Krieg zu gewinnen und basteln an einer Nachkriegsordnung in Europa, bei der Russland seine Macht so weit wie möglich verliert. Wenn es also einen Frieden gibt, wird es kein europäischer, sondern ein amerikanischer sein. So der Plan Washingtons.“

Christina Kunkel nimmt in der „Süddeutschen Zeitung“ (18. April) die Warnung von Bundesgesundheitsminister Lauterbach auseinander, im Herbst drohe eine neue „Killervariante“ des Coronavirus:

„Das Image des alarmistischen Dauer-Warners Lauterbach verfestigt sich, auch die Vernünftigsten schalten irgendwann auf Durchzug ... wie ansteckend eine neue Version von Sars-CoV-2 sein könnte, wie schwer sie krank macht, wenn ein Großteil der Bevölkerung schon durch Impfung oder Infektion mit dem Virus in Kontakt war, dazu gibt es noch keine nur annähernd wissenschaftlich fundierten Informationen.“

Für den russischen Soziologen Grigori Judin hat sein Land den Konflikt bereits verloren. Warum, sagt er im Interview mit dem Portal „dekoder.org“ (22. April):

„In jeder nur denkbaren Hinsicht wird das für Russland eine Katastrophe. Es tut weh, das zu sagen, aber Russland zerstreitet sich auf diese Art für immer mit den zwei Völkern, die ihm kulturell am nächsten stehen – mit den Ukrainern und den Belarussen. Russland verliert absolut alle engen Verbündeten und Freunde. Mit wem sollen wir denn noch befreundet sein? ... Wir jagen uns in eine völlig sinnlose, ewige Einsamkeit, in die wir eigentlich überhaupt nicht hineingeraten wollen.“

Der frühere Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, ärgert sich in der „Bild“-Zeitung (26. April) über die doppelten Maßstäbe, nach denen Demonstranten behandelt werden:

„Schon wieder laufen Hunderte Judenhasser durch unsere Hauptstadt ... Beschützt wurden sie, wieder mal, von deutscher Polizei ... Aber jede Corona-Demo wird bis zum Anschlag mit Masken-Auflagen belegt, weil die Haltung der Veranstalter der Politik nicht passt.“

● **WORT DER WOCHE**

„Denn die meisten hier sind Deutsche, Staatsbürger eines Landes, das sie verachten. Weil es so schwach ist. Weil seine Politiker so dumm sind. Ein Land, reich und dumm. Ein Land zum Ausnehmen, zum Abzocken.“

Chaim Noll beschreibt auf „Achgut“ am 25. April die arabischstämmigen, antisemitischen Demonstranten von Berlin (siehe Seite 5)

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die Desinteressierten

Warum sich unsere Minister nicht um ihr Fach scheren, und wer Deutschland tatsächlich führt

VON HANS HECKEL

Eines ist ja richtig: Man muss nicht unbedingt das Fach studiert haben, um in dem Ressort Minister zu werden. Aber wie in jedem Beruf ist eine gewisse Neigung zu dem, was man tut oder tun sollte, auch in der Politik hilfreich. Oder etwa nicht?

In Deutschland sieht man das anders. Wer in die Reihen des Bundeskabinetts blickt, stößt auf eine verblüffende Ferne der Amtsträger zu ihrem vorgesehenen Tätigkeitsfeld. Christine Lambrecht mit ihrer offenen eingestanden Distanz zum Militärischen hatten wir uns ja schon angesehen. Doch sie ist nicht allein. Mit am Tisch sitzt ein Wirtschaftsminister, dem Wirtschaft eigentlich ziemlich schnuppe zu sein scheint. Robert Habeck interessiert sich stattdessen vor allem dafür, bestimmte Formen der Energiegewinnung durch andere zu ersetzen, koste es was es wolle. „Das ist ja nur Geld“, wird der Grünen-Politiker zitiert. Für einen Minister, der sich neben dem Finanzminister, wie kein anderer um Geld und Wohlstand zu sorgen hätte, ist das eine bemerkenswerte Aussage.

Innenministerin Nancy Faeser müsste sich qua Amt von morgens bis abends Gedanken über die innere Sicherheit und Ordnung der Republik machen. Macht sie aber nicht – selbst, wenn die Ordnung der Republik durch aggressive Attacken eingefleischter Judenhasser herausgefordert wird. Antisemitismus ist in Deutschland aus historischen Gründen ein besonders sensibles Thema, sollte man meinen. Nicht für Faeser, sie interessiert sich für Antisemitismus nur insoweit, wie sie ihn im Kampf gegen politische Gegner von „rechts“ vor ihren Karren spannen kann. Mehr noch: In bester merkelscher Tradition tritt Faeser für einen gezielten Kontrollverzicht an den Grenzen ein, wodurch sich viele weitere Landsleute der Judenhasser unter die Ukraine-Flüchtlinge mischen und unerkannt nach Deutschland schmuggeln können.

Dann wäre da noch der Kollege für „Ernährung und Landwirtschaft“, dem die Ernährung der Menschen mehr als alles am Herzen liegen müsste. Durch den Krieg im Osten, immer noch gestörte Lieferketten und Ernteausfälle durch Naturkatastrophen in anderen Erdteilen (siehe Seite 12) wäre es jetzt angezeigt, den Feldanbau in Deutschland soweit es irgend geht hochzufahren. Ernährungsminister Özdemir tangiert das

nicht. Der ökologisch korrekte Feldbau ist ihm weitaus wichtiger als die Ernährung der Welt. Sollen die Leute doch Kuchen essen? Nein, hat er nicht gesagt. Und Marie Antoinette bekanntlich auch nicht.

Dann bestaunen wir seit zwei Jahren unseren Karl Lauterbach, der seit dem Herbst endlich als Gesundheitsminister firmiert und nicht müde wird, uns zu ermahnen, dass wir auf „die Wissenschaft“ hören sollten. Allerdings scheint er zur Wissenschaft ein ähnliches Verhältnis zu hegen wie Nancy Faeser zum Antisemitismus: Er stellt sie nur ins Fenster, wenn sie seinem Vorhaben nützlich ist. Ist sie es nicht, wirft Lauterbach die große Nebelmaschine an.

Am Montag kam heraus, dass der Gesundheitsminister die Evaluierung der Corona-Maßnahmen offenbar um jeden Preis behindern möchte. Ein Kollegium aus Wissenschaftlern, Medizinern, Juristen und Beamten sollte fachgerecht untersuchen und bewerten, wie die Maßnahmen funktioniert haben – oder eben nicht. Die Kommission ist ein Ei, das ihm noch Amtsvorgänger Jens Spahn ins Nest gelegt hatte.

Drosten in „Teufels Küche“

Eigentlich sollten die Experten ihr Ergebnis schon Ende Dezember präsentieren. Dann verschob man den Tag des Berichts um ein halbes Jahr auf Ende Juni. Jetzt hat Lauterbach erneut dazwischengegrätscht, offenbar auf den Rat eines guten Freundes hin. Charité-Virologe Christian Drosten soll das Gremium in einer internen Besprechung dringend vor einer Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse gewarnt haben. Man könne sonst in „Teufels Küche“ landen.

Und warum? Weil man noch nicht genug Daten habe, soll Drosten argumentiert haben. Nicht genug ... was? Nach mehr als zwei Jahren Pandemie, Bergen von Untersuchungen und Statistiken rund um den Erdball haben die immer noch nicht genug Datenmaterial, um die Wirkung der Corona-Maßnahmen zu bewerten?

Dies ist die beste Gelegenheit, um ganz ungezwungen verschwörungstheoretisch zu werden: Die haben haufenweise Daten, mehr als ausreichend, um eine solche Evaluation vorzulegen. Nur leider hat es dieses Material verdammt in sich. Vielleicht kommt heraus, dass die allermeisten Maßnahmen ein verheerender Schuss in den Ofen waren? Da ist es verständlich, wenn Lauterbach und Dros-

Sollen die Deutschen erfahren, was die Maßnahmen wirklich gebracht haben? Das will Karl Lauterbach unbedingt verhindern



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de